
Explikation der forschungsleitenden Begriffe und Vorstellung des Erklärungsmodells

2

Nach der Einbettung der Arbeit in den Kontext aktueller theoretischer und methodologischer Diskurse soll nun im zweiten Kapitel eine ausführliche *Begriffsklärung* erfolgen. Mit dem Gebrauch von forschungsleitenden Begriffen sollen die einzelnen Argumentationsstränge, die zum Erklärungsmodell hinführen, nachvollziehbar und transparent gemacht werden. Die verwendeten Begriffe folgen dabei am ehesten dem Konzept der Idealtypen Max Webers. Sie werden nämlich theoretisch und inhaltlich stark angereichert, um die Struktur der Analyse der hochkomplexen gegenwärtigen Lebensrealität der EU-BürgerInnen vorzugeben (vgl. Bahrdt 2000, S. 17–22). Da die gewählten Termini jedoch oft vieldeutig erscheinen, besteht die Hauptaufgabe dieses Kapitels darin, einzelne Sachverhalte mit Leitbegriffen klar voneinander abzugrenzen und somit die Ausrichtung der soziologischen Analyse vorzugeben. Die Zielsetzung des Kapitels liegt also in der Explikation trennscharfer Leitkonzepte, die die zahllosen theoretisch analysierten und empirisch beobachteten Phänomene der gesellschaftlichen Integrationsthematik in einen umfassenden Erklärungsrahmen einbetten sollen. Sie verdichten sich schlussendlich – im Abschluss des Kapitels – zu einem ganzheitlichen Erklärungsmodell, das in weiterer Folge als Basis für die empirische Analyse dienen wird.

2.1 Zum Begriff der gesellschaftlichen Integration

Integration erscheint als normatives Leitbild einer guten Gesellschaft während Desintegration als ein pathologischer Störfall gedeutet wird, der vom Normalfall einer gelingenden Integration abweicht (Kraemer 2008, S. 37).

Der Begriff *Integration* wird in der Soziologie vieldeutig und stark inflationär angewendet – zumindest wenn man sich am gegenwärtigen Integrationsdiskurs orientiert. Integration wird derzeit bevorzugt im Bereich der Migrationsforschung verwendet und bezeichnet hier die Eingliederung von ZuwanderInnen in relevante Bereiche der Aufnahmegesellschaft. Die strukturelle Platzierung auf zentralen Positionen innerhalb der Gesellschaft (Gewährung von Rechten, Erwerb von Sprachkenntnissen, Beteiligung am Bildungssektor und Arbeitsmarkt) wird als entscheidende Voraussetzung für eine nachhaltige Sozialintegration (verbunden mit der Aufnahme interethnischer Beziehungen bis hin zur emotionalen Identifikation mit dem Aufnahmeland) gesehen (vgl. Esser 2001, S. 8).

Die Integrationsforschung ist jedoch nicht auf ZuwanderInnen beschränkt, sondern betrifft alle sozialen Gruppen. Fragen der systemischen und individuellen Integration gelten seit jeher als Kernbereiche der Soziologie und erleben aufgrund der aktuellen EU-Krise eine zunehmende Renaissance. In dieser Arbeit soll deshalb Integration gesamtgesellschaftlich gedacht und aktuelle Desintegrationsdynamiken innerhalb der EU und innerhalb einzelner Mitgliedsstaaten analysiert werden. Aus einer Makroperspektive steht die systemische Integration von Gesellschaften im Vordergrund, wobei schwerpunktmäßig die funktionale Differenzierung der gesellschaftlichen Teilbereiche und die Abstimmungen zwischen diesen Subsystemen analysiert werden. Die Mikroperspektive, die mit dem Begriff der sozialen Integration gefasst wird, zielt primär auf die individuelle Erfahrung der Gruppenzugehörigkeit und somit auf die affektive Einbindung der Individuen in einzelne Subsysteme ab.

Der Integrationsbegriff ist auf eine wie immer geartete „gute“ Gesellschaft ausgerichtet und ist deshalb von einem normativen Selbstverständnis geprägt. Gerade über die Analyse problematischer gesellschaftlicher Verhältnisse sollen krisenhafte Bereiche identifiziert und differenzierte Anforderungen der Integration formuliert werden (vgl. Imbusch 2008, S. 124).

Bis heute beklagen einzelne Autoren (z. B. Friedrichs und Jagodzinski 1999), dass trotz der herausragenden Bedeutung des Integrationsbegriffs in der Soziologie keine überzeugende Explikation und Begriffsklärung erfolgt ist. Während im nächsten Kapitel eine ausführliche Erläuterung der unterschiedlichen Integrationsansätze in der Soziologie erfolgt und verschiedene theoretische Konzeptionen gegenübergestellt werden, beschränkt sich dieser Abschnitt auf eine präzise Darstellung des Integrationsbegriffs sowie auf die Definition einzelner Bereichsebenen der Integration und nimmt eine Abgrenzung zu den Gegenpolen (Desintegration) und verwandten Begriffspaaren (Inklusion vs. Exklusion) vor.

Etymologisch entstammt der Begriff *Integration* aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie Herstellung und Bildung des Ganzen (vgl. Fassmann 2006,

S. 2). Schon aus der Herkunft des Begriffs wird deutlich, dass die gesellschaftliche Integration einen prozesshaften Charakter aufweist und naturgemäß graduelle Abstufungen der Integration vorhanden sind. Bereits die allgemeine Definition der Integration als „Zusammenhalt von Teilen in einem systemischen Ganzen“ (Esser 2001, S. 1) weist darauf hin, dass mit Integration zwei *Einheiten* verbunden sind: Die Integration der Akteure innerhalb der jeweiligen Teile (Subsysteme) und die Integration einer Gesellschaft als Ganzheit (vgl. Esser 2001, S. 3). Lockwood (1971), der diese Dichotomie zwischen System- und Sozialintegration erstmals umfassend ausgearbeitet hat, betont, dass mit dem Begriff der Sozialintegration die Beziehungen zwischen Handelnden innerhalb eines sozialen Systems angesprochen sind, während die Systemintegration die Beziehungen zwischen den Teilen eines Systems beschreibt (vgl. Lockwood 1971, S. 125–128). Als allgemeine Bezugspunkte systemischer Integration definieren Imbusch und Heitmeyer (2012) die ökonomische und politisch-rechtliche Ordnung einer Gesellschaft während sich die Sozialintegration auf die soziokulturelle Ordnung, auf geteilte Werte und auf die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft bezieht. Je mehr sich die beiden Integrationsmodi wechselseitig verstärken, desto eher können Gesellschaften als integriert gelten (vgl. Imbusch und Heitmeyer 2012, S. 12). Im Gegensatz dazu werden jedoch im Zuge der Entwicklungen in der EU zunehmend Brüche zwischen System- und Sozialintegration sichtbar. Zahlreiche soziologische Analysen (z. B. Immerfall 2000; Vobruba 2007; Bach 2008; Haller 2009) kommen relativ übereinstimmend zum Schluss, dass die Sozialintegration in der EU im Vergleich zu den beschleunigten systemischen Transformationsprozessen deutlich nachhinkt. Bevor jedoch die Mehrebenenproblematik der EU-Integration, der nationalen Integration und der individuellen Sozialintegration präziser gefasst wird, soll die grundlegende Unterscheidung zwischen System- und Sozialintegration näher erörtert werden.

2.1.1 Systemintegration

Systemisch betrachtet stehen in der gegenwärtigen Diskussion die Integrationsfähigkeit der einzelnen gesellschaftlichen Teilsysteme in den jeweiligen Mitgliedsstaaten sowie auch die systemische Herausbildung neuer supranationaler Ordnungen (vgl. z. B. Münch 2008) im Vordergrund. Aus dem Blickwinkel der Theorie der funktionalen Differenzierung (insbesondere Luhmann 1970, 1984; Schimank 1999; Nassehi 2004) wird die Ausformung der Gesellschaft in einzelne Teilsysteme (quasi die „Wiederholung der Systembildung in Systemen“, Luhmann 1984, S. 37) sowie die Abstimmung zwischen den einzelnen Teilsystemen

analysiert. Primär relevant ist das luhmannsche Konzept der Autopoiesis, nämlich dass sämtliche funktionsspezifische Teilsysteme aus ihrer jeweils eigenen Logik agieren.¹ Theoretisch ergibt sich die Konsequenz, dass eine Gesamtintegration in die eine Gesellschaft nicht mehr möglich ist, weil sich jede funktional differenzierte Gesellschaft in autonom funktionierende und selbstreferenziell agierende Subsysteme aufspannt. Die Gesellschaft ist nach Luhmann somit ein Ensemble an Teilsystemen, die jedoch trotz ihrer Autopoiesis durch vielschichtige, gegenseitige Abhängigkeiten gekennzeichnet sind (vgl. Schimank 1999, S. 52). In welchem Umfang diese Abhängigkeiten ausgeprägt sind und inwieweit das Konzept der Autopoiesis aufrechterhalten werden kann, zählt zu den heute offenen und kritisch beleuchteten Fragen der Systemtheorie. Luhmann geht zumindest in Ansätzen auf die *strukturelle Koppelung* der Teilsysteme durch fördernde Synergieeffekte oder hemmende Sachzwänge ein und definiert diese sogar als maßgeblich für die gesellschaftliche Integration. Münch (1991) bestreitet hingegen die operative Autonomie der Teilsysteme und betont die integrative Wirkung der funktionalen Koordination. Aus seiner Sicht wird quasi auf neutralem Boden eine wechselseitige Kontrolle und Vermittlung durch die „Interpenetration der Teilsysteme“ erreicht (vgl. Münch 1991, S. 287 f.). Im Schatten der Finanzkrise gewinnen jedoch auch jene gesellschaftskritischen Ansätze an Relevanz, die eine Ökonomisierung der Gesellschaft diagnostizieren. Bourdieu (1998) hat bereits Ende der 1990er Jahre mit dem Begriff der Intrusion das Eindringen der Wirtschaft und quasi die feindliche Übernahme anderer Teilsysteme durch die Ökonomie analytisch zu fassen gesucht. Für ihn ist diese korrupte strukturelle Koppelung, wie sie in der Systemtheorie bezeichnet wird (vgl. Stichweh 2005, S. 175 ff.) nicht ein vorübergehendes und lokal begrenztes Phänomen, sondern wird zunehmend zur Regel in westlichen Gesellschaften.

2.1.2 Sozialintegration

Während durch die funktionale Differenzierungslogik die Stabilität von Systemen weitgehend gewährleistet bleibt, gilt dies nur bedingt für die Sozialintegration. Die

¹Die Teilsysteme arbeiten jeweils mit ihren eigenen beobachtungsleitenden Grundunterscheidungen, die Luhmann als binäre Codes definiert. So ist die Grundunterscheidung im Wirtschaftssystem das Zahlen vs. das Nicht-Zahlen, im Rechtssystem Recht vs. Unrecht, und die wissenschaftlichen Diskussion erstreckt sich über wahre und unwahre Tatbestände (vgl. Nassehi 1997, S. 117 f.).

gegenwärtige ökonomische Krisenlage in Europa bewirkt vielfach einen Anstieg sozialer Ungleichheiten und nährt sowohl bei den bedrohten sozialen Gruppen und insbesondere bei den VerliererInnen der gesellschaftlichen Transformationsprozesse die Unzufriedenheit mit der Gesellschaft. Während also sowohl in der EU als auch in den einzelnen Mitgliedsstaaten systemische Teilbereiche ihre Funktionsfähigkeit weiterhin (wenn auch mühsam) aufrechterhalten, gärt es zunehmend im Inneren der Mitgliedsstaaten, und desintegrative Tendenzen in Hinblick auf die Sozialintegration nehmen zu. Die Spannungen zwischen System- und Sozialintegration hat vorrangig Jürgen Habermas (1981a, b) in seiner Theorie kommunikativen Handelns zu deuten versucht. Seine schillernde Diagnose der „Kolonialisierung der Lebenswelt“ scheint im Kontext der rapiden und sichtlich immer mehr unkontrollierbar werden den Transformationsprozesse in der Europäischen Union aktueller denn je zu sein. Die BürgerInnen fühlen sich zunehmend ohnmächtig, weil die Sozialintegration von unten mit der von oben einwirkenden Systemintegration nicht Schritt hält (vgl. Peter A. Berger 2010, S. 187 f.).

Bleibt man dem Verständnis von Lockwood (1971) treu, der Sozialintegration als die normativ-moralische Integration der BürgerInnen versteht und somit auf Individuen und soziale Gruppen und deren Eingliederung und Teilhabe an der Gesellschaft fokussiert, müssen automatisch mehrere Ebenen der Sozialintegration unterschieden werden. Nach Peters (1993) sind Individuen mit drei grundlegenden Herausforderungen konfrontiert: Sie sollten ihre Handlungen untereinander koordinieren (und somit ökonomisch effizient handeln), sie sollten für einen Ausgleich der zwischenmenschlichen Konflikte sorgen und das Gemeinwohl angemessen berücksichtigen (und somit moralisch integer agieren), und sie sollten eine expressive Gemeinschaftsbildung mittels kollektiver Identitätsbildung (gemeinsam geteilter Werte), Selbstverwirklichung (gemeinsame Sinndeutungen) und Bedürfnisbefriedigung (z. B. mittels Anerkennung und Wertschätzung) erreichen (vgl. Peters 1993, S. 93–98).

Anhut und Heitmeyer (2000) sprechen in ihrer Desintegrationstheorie in Anlehnung an Peters (1993) von drei grundlegenden Problemdimensionen der gesellschaftlichen Integration. Die Individuen müssen sowohl strukturelle, institutionelle und sozio-emotionale Aspekte einer Lösung zuführen. Anhut und Heitmeyer (2000) versuchen die Dichotomie zwischen System- und Sozialintegration aufzulösen, indem sie die *individuell-funktionale Systemintegration* als Gewährleistung der Teilhabe an den gesellschaftlich relevanten Gütern der Gesellschaft definieren. In dieser Dimension wird der von Hartmut Esser (z. B. 2001) oftmals als Grundbedingung formulierte Aspekt der positionalen Anerkennung angesprochen. Man könnte hier auch eine Brücke zum Begriff der multiplen Inklusion aus der Systemtheorie schlagen, denn durch Inklusion weist „das Gesellschaftssystem

den Personen Plätze zu, in denen sie erwartungskomplementär handeln können; etwas romantisch könnte man auch sagen: sich als Individuen heimisch fühlen können“ (Luhmann 1997, S. 620 f.).

In der zweiten Dimension, der *kommunikativ-interaktiven Sozialintegration*, steht die moralische Integrität der Individuen durch den Ausgleich konfligierender Interessen im Vordergrund. Dies erfordert Möglichkeiten der Aushandlung demokratischer Prinzipien, was nur durch entsprechende Teilnahmekancen und Teilnahmebereitschaften der Individuen an politischen Entscheidungsprozessen erreicht werden kann.

Die *kulturell-expressive Sozialintegration* bezieht sich schließlich auf das Zusammenleben der Individuen und auf die private Lebensführung. Beziehungen sollten als sinnstiftend wahrgenommen werden, und es sollte eine gegenseitige Anerkennung individueller und kollektiver (Gruppen-)Identitäten erfolgen. Insofern spricht diese Dimension explizit den Vergemeinschaftungsaspekt und die soziale Kohäsion innerhalb der Gesellschaft an (vgl. Anhut und Heitmeyer 2005, S. 83 f.).

2.1.3 Soziale Desintegration und Destabilisierung

Der Begriff der *sozialen Desintegration* wird als natürlicher Gegenbegriff zur Sozialintegration bewusst dem Begriff der *Desintegration* vorgezogen, weil ohne den Zusatz des Sozialen wiederum ungenügend zwischen einer Makro- und Mikroperspektive unterschieden wird. In der Systemtheorie kann nämlich Desintegration als natürliche Konsequenz und auch notwendige Bedingung der funktionalen Differenzierung betrachtet werden. Jede Ausdifferenzierung in Subsysteme ist zwangsläufig mit einer Desintegration des ursprünglichen Systems höherer Ordnung verbunden. Im Zuge der fortgeschrittenen Moderne konnten durch die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates desintegrative Tendenzen auf Systemebene weitgehend aufgefangen werden, wodurch systemintegrative Probleme in den prominenten soziologischen Gegenwartsdiagnosen der letzten Dekaden kaum thematisiert wurden (vgl. Schimank 2000, S. 453). Die systemtheoretische Ausrichtung der Integrationsforschung verliert jedoch Nassehi (1997) zufolge ihr diagnostisches Potenzial, wenn sie soziale Ungleichheiten, die sich quer über die einzelnen Subsysteme mittels Mehrfachexklusionen entwickeln, nicht angemessen berücksichtigt und zudem die kulturellen und subjektiven Problem- und Gefährdungslagen vernachlässigt (vgl. Nassehi 1997, S. 145).

Schließlich werden die Klagen über soziale und kulturelle Verwerfungslinien in der Europäischen Union immer lauter, bedürfen einer eingehenden soziologischen

Analyse und dürfen nicht mehr als „aufgeregtes Krisengerede“ (vgl. kritisch dazu Imbusch und Rucht 2005, S. 17) abgestempelt werden.²

Nach Kraemer (2008) kann – in Anlehnung an Anhut und Heitmeyer (2000) – von desintegrativen Prozessen gesprochen werden, wenn Teilnahmemechanismen versperrt sind (wie derzeit vor allem die problematische Beschäftigungssituation widerspiegelt), wenn die politische Partizipation im Schwinden ist und Politikverdrossenheit um sich greift (wie sich derzeit in niedrigen Wahlbeteiligungsraten insbesondere bei EU-Parlamentswahlen ausdrückt) und wenn sich Zugehörigkeiten auflösen und gemeinsam geteilte Überzeugungen verloren gehen. Es kann als besonderes Verdienst der Desintegrationstheorie von Anhut und Heitmeyer (2000) gesehen werden, alle diese Prozesse, Dynamiken und subjektiven Begleitumstände der Desintegration in einen geordneten theoretischen Rahmen eingebettet zu haben.

Der Begriff der sozialen Desintegration ist in der Forschung also stets negativ konnotiert, auf die Mikroebene ausgerichtet und thematisiert ausschließlich *unerwünschte* gesellschaftliche Entwicklungsprozesse. Diese Ausrichtung des Begriffs erscheint zu einseitig, um den vielschichtigen und ambivalent zu beurteilenden Veränderungsprozessen durch die Krise gerecht zu werden. Es wird deshalb der Terminus der sozialen Destabilisierung als geeigneter eingestuft, um gegenwärtige Entwicklungstendenzen in der EU zu deuten. Destabilisierungsprozesse können als übergreifende Trends gesehen werden, sie können sowohl auf systemischer als auch auf sozialer Ebene wirken und die soziale Ordnung der Gegenwart herausfordern. In der EU zeigt sich nämlich deutlich, dass im Zuge der Wirtschafts- und der gegenwärtigen Fiskalkrise in einzelnen Staaten die Balance der gesellschaftlichen Teilsysteme erheblich gestört ist. Durch den begrenzten Spielraum bei sozialen Sicherungsleistungen kommt es teils zu einem dramatischen Anstieg sozialer Ungleichheiten, und die nationalen Arbeitsmärkte sind mit einem Sog einschneidender Veränderungen konfrontiert. In einer politischen Betrachtung verlieren die nationalstaatlichen Ordnungsmodelle angesichts der beschleunigten, zunehmend als unkontrollierbar wahrgenommenen europäischen Integration an Relevanz. Dies wirkt sich schließlich auch auf die kulturelle

²Die Liste der Fachtermini, die in der Soziologie zur Beschreibung von Desintegrationsphänomenen verwendet wird, ist lang. Sie reicht von Desorganisation, Anomie, Sezession, Zerfall, sozialer Fragmentierung über Entsolidarisierung, Auflösung, Sinnverlust, Orientierungsverlust bis hin zu Entfremdung und Heimatlosigkeit.

Ebene aus, wo in vielen Staaten stärkere Wertepolaritäten sichtbar werden, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe stellen.³

Insofern wird von der forschungsleitenden Annahme der sozialen Destabilisierung ausgegangen. Ob diese übergeordneten Prozesse jedoch in allen EU-Mitgliedsstaaten gleichartig wirken, soziale Desintegrationsprozesse begünstigen oder verringern und gesellschaftskritisch oder gesellschaftsbildend wirken, muss als entwicklungsoffen eingestuft werden.⁴ Soziale Destabilisierungsprozesse machen die BürgerInnen in allen drei Sphären der gesellschaftlichen Betrachtung aus Sicht des Verfassers zumindest verwundbar. Die *ökonomische Vulnerabilität* manifestiert sich durch zunehmende Prekarisierungstendenzen, die *politische Vulnerabilität* der BürgerInnen offenbart sich in einem Partizipationswandel und die *kulturelle Vulnerabilität* wird durch gesellschaftliche Spaltungstendenzen genährt. Mit dieser Konzeption der ökonomisch-strukturellen, politisch-partizipativen und kulturell-kohäsiven Destabilisierung sollen aktuelle gesellschaftliche Entwicklungstendenzen, die der sozialen Integration der BürgerInnen in der EU entgegenwirken können, präzise beschrieben werden.

2.1.4 Das Integrationsverständnis im Kontext einer mehrbenenorientierten Fragestellung

Die einführenden Ausführungen zur System- und Sozialintegration und zur sozialen Desintegration und Destabilisierung haben gezeigt, dass Steuerungsmodi gesellschaftlicher Teilbereiche primär in makrosoziologisch orientierten Systemtheorien thematisiert werden, während Mechanismen der Sozialintegration in mikrosoziologischen und akteurszentrierten Ansätzen behandelt werden. Die präzise Begriffsunterscheidung von System- und Sozialintegration ist entscheidend, um gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken adäquat einzuordnen und die eigene theoretische Ausrichtung klar festzulegen. In Anlehnung an Schimank (2000, S. 452) soll deshalb in dieser Arbeit die Sozialintegration als Integration

³Heinz Bude zeichnet ein sehr eingängiges Bild der gesellschaftlichen Spaltung am Beispiel von Deutschland und fasst vielleicht etwas überspitzt zusammen: „Man weiß nicht mehr, in welche „kleine Lebenswelt“ man sich vor den vielen teils feindseligen, teils unbekümmerten, teils wegdriftenden Parallelgesellschaften zurückziehen soll“ (Bude 2008, S. 119).

⁴Insgesamt liegt der Monografie nicht zuletzt deshalb auch die übergeordnete Forschungsfrage zugrunde, wie soziale Destabilisierungsprozesse auf das gesellschaftliche Wohlbefinden einwirken und einen Wandel der Solidarität bewirken könnten.

der einzelnen Personen in die jeweilige nationale Gesellschaft und supranationale Gemeinschaft der EU verstanden werden, während die Systemintegration auf die Integration der verschiedenen Teilsysteme innerhalb der EU und der funktional differenzierten Gesellschaften abzielt. Daraus ergibt sich für diese Forschungsarbeit eine Mehrebenenproblematik, weil es einerseits um individuelle vs. nationale vs. supranationale oder andererseits um systemische und soziale Integrationsprozesse geht. Die Herausforderungen, gesellschaftliche Integration auf mehreren Ebenen zu thematisieren, können somit in einer Sechs-Felder-Tafel zusammengefasst werden.

Abb. 2.1 orientiert sich einerseits an der grundlegenden Unterscheidung zwischen System- und Sozialintegration, die von Lockwood (1971) entwickelt und von Habermas (1981a, b) und Giddens (1984) substanziell weiterentwickelt wurde und andererseits an der Makro-, Meso- und Mikroebene, die sowohl in der theoretischen als auch empirischen Auseinandersetzung ihre Berücksichtigung findet. Eine systemische Betrachtung der Integration muss auf der Makroebene ansetzen und betrachtet die *Verschränkung* aktueller wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Entwicklungsdynamiken in der EU. Zudem soll der Heterogenität der einzelnen Mitgliedsstaaten mittels der Einführung einer Mesebene Rechnung getragen werden, indem relevante Unterschiede der systemischen Integration zwischen den Nationalstaaten thematisiert werden. Es ist hier vor allem relevant, in welcher Form die gegenwärtige Dialektik von transnationaler europäischer Integration und nationaler Desintegration von einzelnen Mitgliedsstaaten bewältigt wird und somit eine Abfederung oder eine Verstärkung von Krisenszenarien eintritt. Auf individueller Ebene soll Integration in Anlehnung an die Desintegrationstheorie von Anhut und Heitmeyer (2000) stets in einer ökonomisch-strukturellen, einer politisch-partizipativen und einer kulturell-kohäsiven Perspektive gedacht werden. Systemisch betrachtet geht es um multiple

	Supranational (EU)	National (Mitgliedsstaaten)	Individuell (BürgerInnen)
Systemintegration	Ökonomische, politische und rechtliche Ordnung der EU	Ökonomisch, politisch, rechtliche Ordnung in den Nationalstaaten (Dynamik zwischen transnationaler Integration und nationaler Desintegration)	Inklusion in gesellschaftliche Teilbereiche
Sozialintegration	Identifikation der BürgerInnen mit der EU	Prozesse der Destabilisierung (Zonen der Verwundbarkeit der BürgerInnen <i>innerhalb</i> der Mitgliedsstaaten)	Individueller Mangel an Ressourcen der Sozialintegration und Dimensionen des Unbehagens in gesellschaftlichen Teilbereichen

Abb. 2.1 Integration: Einordnung der verschiedenen Begrifflichkeiten

Inklusions- vs. Exklusionsproblematiken der BürgerInnen in gesellschaftlichen Subsystemen (die durch Prozesse der Destabilisierung geprägt sind), in Hinblick auf die Sozialintegration werden die aktuellen ökonomischen, politischen und sozialen Zonen der Verwundbarkeit und subjektiven Begleitumstände (Dimensionen des Unbehagens) innerhalb der Mitgliedsstaaten diskutiert. Die Erforschung der objektiven Mangelercheinungen und der subjektiven Begleitumstände soll auf Basis der einzelnen *Sphären der Destabilisierung* und der *Dimensionen des Unbehagens* ein gesamtgesellschaftliches Urteil erlauben, wie es um die Sozialintegration der BürgerInnen in den einzelnen Mitgliedsstaaten bestellt ist. In Anlehnung an die Theorie des kommunikativen Handels nach Habermas (1981a, b) soll somit im Ländervergleich die „Innenperspektive“ der BürgerInnen erforscht werden, welche die lebensweltliche Integration in die jeweiligen Nationalstaaten verdeutlicht.

Die dritte, supranationale Ebene – ausgehend von der Sozialintegration – thematisiert die Identifikation der BürgerInnen mit der Europäischen Union. Meines Erachtens ist es aufgrund der derzeitigen Entwicklungsdynamik verfrüht, von einer weitreichenden horizontalen Europäisierung der BürgerInnen (z. B. Mau 2007; Delhey et al. 2014) zu sprechen. Deswegen sollen die ersten schleichenden Prozesse hin zu einer europäischen Identität und die lebensweltlichen Anzeichen einer Einbindung in die Europäische Union als *Identifikationsprozesse* der BürgerInnen mit der EU bezeichnet werden. Momente der europäischen Gesellschaftsbildung können beispielsweise durch wechselseitige Vertrautheit und gegenseitige Solidaritätsbekundungen sowie auch durch die fortschreitende Dichte grenzüberschreitender Mobilität und Beziehungen festgemacht werden (vgl. Delhey 2010, S. 197–200).

2.2 Abgrenzung zum verwandten Begriffspaar der Inklusion und Exklusion

Der Markt, auf dem der Gewinner alles bekommt, wird von einer Konkurrenz beherrscht, die eine große Zahl an Verlierern erzwingt (Sennett 1998, S. 159).

Auch im verwandten Begriffspaar der Inklusion und Exklusion, das in der Soziologie eine ebenso lange und theoretisch fruchtbare Tradition aufweist, muss zwischen einer systemtheoretischen Ausrichtung und einer akteurszentrierten Mikroperspektive unterschieden werden. Systemisch betrachtet wird das Begriffspaar der Inklusion und Exklusion in die Theorie der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft eingebunden. Eine funktional differenzierte Gesellschaft ist zwangsläufig durch

Multiinklusion gekennzeichnet, weil eine parallele Einbindung der Personen in mehrere gesellschaftliche Subsysteme erfolgt (vgl. Nassehi 1997, S. 123). Luhmann (1997) bestreitet vehement, dass gesellschaftliche Integration durch einen übergreifenden Wertekonsens möglich erscheint und erhebt den Begriff der *Kommunikation* als zentrales konstituierendes Element moderner Gesellschaften. Inklusion bedeutet seinem Verständnis nach, dass *kommunikative Akte der Adressierung* die Mitgliedschaft der Individuen in einzelne Funktionssysteme (vgl. Stichweh 2008, S. 30) bedingen. Dabei wird unter Kommunikation jedoch nicht nur die Sprache sondern eine ganze Reihe symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien verstanden, die mit den bereits angesprochenen und für das jeweilige System relevanten binären Codes arbeiten. Das Individuum partizipiert somit über zugeteilte Rollen an den verschiedenen Funktionsbereichen der Gesellschaft, wobei Luhmann vom „Dividuum“ ausgeht, der teilbaren Identität der unteilbaren Persönlichkeit, während gerade im Exklusionsbereich, also im Privaten außerhalb der gesellschaftlichen Funktionssysteme das Individuelle auftaucht. In Luhmanns Worten muss man Inklusion demnach als eine Form begreifen, „deren Innenseite als Chance der zentralen Berücksichtigung von Personen bezeichnet ist und deren Außenseite unbezeichnet bleibt“ (Luhmann 1997, S. 620). Mit dieser Unterscheidung der Inklusion und Exklusion, die Luhmann selbst zur Leitdifferenz moderner Gesellschaften erhebt, sind sämtliche normative Annahmen des Integrationsparadigmas verschwunden. Luhmann möchte somit multiple Inklusionen und Exklusionen als logisch stattfindende Prozesse in funktional differenzierten Gesellschaften ohne wertende und subjektive Termini der sozialen Teilhabe, des Zugehörigkeitsgefühls oder der gesellschaftlichen Solidarität etablieren. Die Theorie der funktionalen Differenzierung und deren Verständnis von Inklusion und Exklusion waren jedoch stets einer intensiven Kritik ausgesetzt. Während der erste kritische Einwand, der sich der Frage der Grenzen zwischen sozialen Systemen widmet, bereits im Kontext der Begriffe Integration/Desintegration diskutiert wurde, kann für das Begriffspaar der Inklusion und Exklusion die Einbeziehung der sozialen Ungleichheiten und der Sozialstruktur als Herausforderung für die Differenzierungstheorie betrachtet werden. Hierbei ist jedoch grundsätzlich anzumerken, dass die Theorie der funktionalen Differenzierung an der Sachdimension orientiert ist, also die sachlichen Differenzen kommunikativer Funktionssysteme thematisiert, während die Sozialstrukturanalyse auf die Ungleichheiten innerhalb der Systeme (in Hinblick auf den Zugang zu Ressourcen) abzielt (vgl. Nassehi 2004, S. 110). Soziale Ungleichheiten bilden keine kommunikativ geschlossenen Einheiten, die soziale Dimension liegt somit quer zur sachlichen Differenzierung der Gesellschaft. Dennoch verliert die Systemtheorie, solange soziale Ungleichheit als „funktional ohne Bedeutung“ (Luhmann 1985, S. 151) klassifiziert wird, ihre Erklärungskraft für aktuelle gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken. In Luhmanns

Spätwerk wurde zunehmend anerkannt, dass Exklusionen in einzelnen Teilsystemen kulminieren können und dies Konsequenzen für den Zugang zu anderen Teilsystemen impliziert. Die Exklusion wird somit in späteren Schriften als „integrierter Ausschluss von Personen aus funktionssystemischer Kommunikation“ (Farzin 2008, S. 202) und teils auch als Marginalisierung bezeichnet (vgl. Engels 2006, S. 13). Im Visier der Kritik an der Systemtheorie steht deshalb immer stärker die Frage, wie unter der operativen Eigenlogik der Subsysteme derartig verschränkte Ausschlussprozesse über mehrere Teilsysteme entstehen können und ob der zentrale Theoriebaustein der Autopoiesis überhaupt aufrechterhalten werden kann.

Aufgrund der Kritikpunkte an der Systemtheorie wird in weiterer Folge auch in Hinblick auf das Begriffspaar der Inklusion vs. Exklusion eine mikrosoziologische Ausrichtung vorgenommen. Es geht also in dieser Arbeit *nicht* um Exklusion als logisches Pendant zur Inklusion sondern um multiple und vor allem auch dauerhafte Ausgrenzungsphänomene. Die soziologische Erfassung der multidimensionalen Exklusionsprozesse in der gegenwärtigen EU soll stärker lebensweltlich orientiert sein und mit dem Begriff der *sozialen Exklusion* von der systemtheoretischen Terminologie abgegrenzt werden.

Der Begriff der gesellschaftlichen Eingliederung der Individuen wurde seit der Nachkriegszeit stark durch die britische Wohlfahrtsstaatstheorie von T. H. Marshall (1992) [orig. 1950] geprägt. Soziale Rechte sollen für die BürgerInnen einen gleichen Zugang zu Institutionen gewährleisten und somit gleiche Lebenschancen vermitteln. Dieses angelsächsische Verständnis von „citizenship“ fokussiert stark auf gesellschaftliche Partizipation und thematisiert den Bürgerstatus der Individuen. Diese Terminologie kommt dem französischen Verständnis von Inklusion und Exklusion nahe, das die *individuelle* Einbindung in verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche in Bezug auf die gesellschaftliche Kohäsion als zentral erachtet. Das französische Exklusionsverständnis hat seine Wurzeln weniger in der gesellschaftlichen Mitgliedschaft durch Sozialrechte sondern stärker im durkheimischen Paradigma der gesellschaftlichen Integration durch Solidarität (vgl. Kronauer 2010, S. 32). Soziale Exklusion kann somit als Solidaritätsbruch und als Versagen der Bindungen, die die Gesellschaft zusammenhalten, bezeichnet werden (vgl. Stichweh 2008, S. 29). Das Begriffspaar der sozialen Inklusion vs. Exklusion bestimmt zunehmend auch den politischen und massenmedialen europäischen Diskurs in Europa und hat auch immer stärker Eingang in die deutsche Soziologie gefunden (z. B. Kronauer 2010). Kronauer sieht Inklusion ähnlich wie in der Integrationstheorie von Anhut und Heitmeyer (2000) multidimensional. Die Gewährleistung von Bürgerrechten und somit *Partizipation*, der Grad und die Qualität der *Erwerbsbeteiligung* und die Einbindung in familiäre und freundschaftliche Nahbeziehungen (*informelle Reziprozität*) sollen gesellschaftliche Einbindung

gewährleisten. Die soziale Frage der Gegenwart besteht primär darin, dass diese Maßstäbe der Inklusion kaum mehr aufrechterhalten werden können. Steigende Arbeitslosenzahlen, der Bedarf an flexiblen Arbeitskräften und der Rückgang der Beschäftigungssicherheit haben im Kontext der Erwerbsbeteiligung in zahlreichen europäischen Staaten zu neuen Zonen der Verwundbarkeit und Entkoppelung bis hin zur vollständigen Exklusion geführt, wie sie Robert Castel (2000) eingängig beschrieben hat. Im Bereich der sozialen Nahbeziehungen bewirkt die Individualisierung, die ursprünglich überwiegend positiv gefasst wurde (z. B. Beck 1983) eine Loslösung von strukturellen Klassenbindungen und milieuspezifisch tradierten Lebensmustern. Dies führt jedoch zu einer hohen individuellen Entscheidungsverantwortung sowie auch zur Abnahme der Berechenbarkeit der Lebensführung. Deswegen wird in aktuellen Arbeiten primär die Schattenseite der Individualisierung thematisiert, die sukzessive zu einer Entzauberung des ursprünglich positiv konnotierten Begriffs führt. Die Lust, die eigene Lebensführung frei bestimmen zu können, wird abgelöst von der Last, permanent weitreichende Zukunftsentscheidungen mit ungewissem Ausgang treffen zu müssen sowie auch mit dem Zwang, die unübersichtlich gewordene Alltagswelt selbst strukturieren zu müssen (vgl. Schroer 2000, S. 415). Somit gilt, dass zahlreiche BürgerInnen unter der „Zerrissenheit zwischen zunehmenden soziokulturellen Optionen und abnehmenden sozioökonomischen Realisierungschancen“ (Heitmeyer 1997c, S. 635) leiden. Sollten Individuen folglich an den individuellen Herausforderungen und gesellschaftlichen Hürden scheitern, werden gerade aufgrund der Individualisierung kompensierende Ressourcen kaum greifen. Damit wächst die Gefahr, dass die beginnende Exklusion auf andere Bereiche übergreift und schlussendlich in eine multiple Ausgrenzung bis hin zum Verlust unterstützender sozialer Netze und sozialer Isolation mündet.

Derzeitige Ein- und Ausschlussdynamiken, die ich in weiterer Folge als *multiple soziale Inklusion/Exklusion* bezeichnen möchte, sollen die Positionierungen der BürgerInnen in mehreren gesellschaftlichen Sphären beschreiben und sind demzufolge multidimensional angelegt. Kronauer (2010) geht sogar so weit, den Exklusionsbegriff umzudeuten und gesellschaftliche Ausgrenzung „als besondere Form des *Innerhalb*“ (Kronauer 2010, S. 44) der Gesellschaft zu konzipieren. Gerade die Gleichzeitigkeit des „Drinnein“ und „Draußen“, die ständige Konfrontation mit den Maßstäben einer gelungenen Inklusion sowie die individuelle Zuschreibung der Verantwortung für die gesellschaftliche Integrationsleistung verdeutlicht besondere Herausforderungen für die Individuen an den unteren Rändern der Gesellschaft.

Insofern soll das Begriffspaar der Inklusion vs. Exklusion ähnlich wie das Begriffspaar der Integration vs. Desintegration als Kontinuum aufgefasst werden,

wobei die jeweiligen Gegenpole am Ende des Kontinuums immer als Grenzzonen aufgefasst werden, zwischen denen sich die gesellschaftliche Realität aufspannt. Da der Begriff der Exklusion nach wie vor stärker auf die Ränder der Gesellschaft abzielt, soll dieser im weiteren Diskurs diese Grenzbereiche abdecken. Während *eine multiple soziale Inklusion* verdeutlicht, dass den BürgerInnen der Zugang zu den wichtigsten Funktionen des gesellschaftlichen Lebens offen steht, soll die *multiple soziale Exklusion* die mehrdimensionalen Ausgrenzungsprozesse bei sozialen Gruppen am unteren Rand der Gesellschaft erfassen.

Eine weitere wesentliche Begriffsunterscheidung muss zwischen objektiven Exklusionskonstellationen und dem subjektiven Exklusionsempfinden (vgl. Bude und Lantermann 2006, S 234 f.) getroffen werden. Während sich die Konzeption der mehrfachen Ausgrenzung von Kronauer (2010) mehr auf die (objektive) Ressourcenebene bezieht (mangelnde Erwerbsbeteiligung, fehlende Partizipationsmöglichkeiten und fehlende soziale Unterstützungsnetzwerke), muss dies nicht unbedingt mit einem Empfinden des Ausgestoßen- und Überflüssigseins einhergehen. Es sind unterschiedliche Dynamiken, die schlussendlich bestimmen, mit welchen Strategien und Bewertungen auf gegenwärtige Exklusionsmechanismen und Desintegrationsprozesse individuell geantwortet wird.

In der weiteren Auseinandersetzung soll deshalb von den Rändern ins Zentrum vorgedrungen und es sollen die vorgelagerten Ebenen der Vulnerabilität thematisiert werden. Insofern erscheinen jene Ansätze, die die Sozialintegration der BürgerInnen ins Zentrum stellen, besser geeignet, um diese weichen Schattierungen gesellschaftlicher Integration und Desintegration zu verdeutlichen.

Ich kehre folglich bewusst zum Begriff der *Destabilisierung* zurück, weil damit nicht nur die Dynamiken gesellschaftlicher Ausgrenzung sondern auch die neu entstehenden Unsicherheiten erfasst werden können. Dieser Ausdruck fokussiert meines Erachtens stärker auf graduelle Abstufungen auf dem Kontinuum *multiple soziale Inklusion – soziale Integration – auftretende Vulnerabilitäten – Desintegrationerscheinungen – multiple soziale Exklusion* und nimmt somit stärker auf die übergeordneten Prozesse wie Prekarisierungstendenzen (auf der strukturellen Ebene), abnehmende gesellschaftlich-politische Engagements (auf der partizipativen Ebene) und auf Polarisierungstendenzen (auf der kulturellen Ebene) Bezug. Die subjektive Ebene des gesellschaftlichen Missbefindens, die genau diese neu entstehenden Verunsicherungen der europäischen BürgerInnen beschreibt, soll mit dem zentralen Begriff des *Unbehagens* analysiert werden. Dieser Begriff, der in dieser Arbeit forschungsleitend gebraucht und als zentraler Erklärungsrahmen für künftige Konfliktfelder der gesellschaftlichen Kohäsion verwendet wird, soll nun anhand einzelner Arbeiten, die das Unbehagen zu einem zentralen Forschungsthema erheben und im Kontext der Kultur (Freud 1930), der

Moderne (Berger et al. 1975) und der Postmoderne (z. B. Bauman 1999) explizit analysieren, eingehend verdeutlicht werden.

2.3 Deutungsversuche des gesellschaftlichen Unbehagens und subjektiver Verunsicherungstendenzen

Denn mit der Integration verhält es sich wie mit der Gesundheit: Ihr Wert wird erst deutlich, wenn man sie zu verlieren droht oder sie bereits verloren hat (Imbusch und Rucht 2005, S. 15).

Gefährdungspotenziale der europäischen Integration, der nationalen Integration der EU-BürgerInnen innerhalb der EU-Staaten und der gesellschaftlichen Integration in einzelnen Teilbereichen oder Teilsystemen (ökonomisch, politisch, kulturell) beherrschen derzeit den Grundtenor der soziologischen Europaforschung (vgl. z. B. den aktuellen Band von Heidenreich 2014a). Anzeichen einer strukturellen, politischen und kulturellen Destabilisierung sind empirisch sowohl durch objektive Indikatoren (z. B. Jugendarbeitslosigkeit, Prekarisierung, Wahlbeteiligung) als auch mittels subjektiver Umfragedaten nachweisbar. Die EU scheint in Hinblick auf soziale Destabilisierungsprozesse mit den Anzeichen einer schleichenden, aber fortschreitenden Erkrankung konfrontiert – sie wurde jüngst in einer Pew-Umfrage als „New sick man of Europe“ bezeichnet (vgl. Pew 2013). Das diffuse Unbehagen der BürgerInnen könnte folglich im internationalen Forschungskontext mit *Malaise* übersetzt werden.⁵

In der Medizin bezeichnet der Begriff *Malaise* ein generelles Gefühl des Unwohlseins und somit erste Anzeichen einer Infektion bzw. einer Krankheit, wobei die Gründe schwierig zu identifizieren sind. Die einsetzende *Malaise* ist begleitet von mangelnder Motivation und Energie bis hin zur Apathie (vgl. National Institute of Health, <http://www.nlm.nih.gov/medlineplus/ency/article/003089.htm>). Im Online-Oxford Dictionary wird jedoch eine weitere Bedeutung der *Malaise* eingeführt, nämlich „a society afflicted with a deep cultural malaise“ (vgl. <http://oxforddictionaries.com/definition/english/malaise>). Dies entspricht der zunehmenden Tendenz in den letzten Jahren, den Begriff der *Malaise* auch stärker auf politikwissenschaftliche (z. B. Perrineau 2011), ökonomische (Sentance 1996) und kulturelle Fragestellungen (z. B. Elchardus und Siongers 2001)

⁵Der Begriff entstammt dem Französischen und kann wörtlich mit „missgestimmt sein“ übersetzt werden.

anzuwenden. Die beiden unterschiedlichen Bedeutungen werden auch im deutschen Duden reflektiert. So wird *Malaise* *erstens* (medizinisch hergeleitet) als Unbehagen und Missstimmung bezeichnet und *zweitens* soll eine soziologische Verwendung des Begriffs eine gesellschaftlich unbefriedigende Situation und Misere kennzeichnen (vgl. <http://www.duden.de/rechtschreibung/Malaise>). Der Begriff der *Malaise* findet sich bis dato im deutschen Sprachraum selten, er wird hauptsächlich im britischen (z. B. Taylor 1995), französischen (Ehrenberg 2012) und flämischen Sprachraum (z. B. Elchardus und Siongers 2001) verwendet. *Social malaise* als diffuses gesellschaftliches Unbehagen (z. B. Elchardus und De Keere 2012) wird in empirischen Studien häufig als Erklärungsfaktor für den Aufschwung rechtspopulistischer Parteien verwendet. Dabei wird das Aufkommen einer neuen Achse des an kulturellen Fragen orientierten Wahlverhaltens diskutiert (vgl. Elchardus und Spruyt 2012). Während bis in die 1960er Jahre das Wahlverhaltens sehr stark an ökonomischen Fragen und somit klassenbasiert orientiert war (z. B. Goldthorpe et al. 1969, Inglehart 1984), zeigt sich derzeit eine neue Polarisierung des Einstellungsspektrums in Hinblick auf kulturelle und kohäsive Herausforderungen der Gesellschaft. Divergierende Haltungen zur europäischen Integration und der Aufgabe nationaler Entscheidungsbefugnisse, des kulturellen Protektionismus aufgrund der Zunahme multiethnischer Gesellschaften und des Zugehörigkeitsgefühls und der nationalen Identität im Kontext der Globalisierung führen zu neuen Spaltungslinien, die in vielen europäischen Gesellschaften sichtbar sind (vgl. z. B. Lessenich und Nullmeier 2006). Rechtspopulistische Parteien punkten primär mit diesen kulturellen Themen und nehmen gezielt Bezug auf das komplexe Einstellungsbündel der *Malaise*, das sich aus Gefühlen der Anomie (Orientierungslosigkeit und Zukunftspessimismus (vgl. Achterberg und Houtman 2009)) und der fehlenden Einbindung in der Gesellschaft, verbunden mit autoritären und demokratiefeindlichen Haltungen, speist. So gibt Perrineau (2011) die Wahrnehmungen der BürgerInnen als Erklärung für die Zunahme des Rechtspopulismus folgendermaßen wieder: „Society changes but the system of distribution of power and the elites are immutable, protest and identity-based populists are seen as the only real opponents“ (Perrineau 2011, S. 174). Eine starke Präferenz für rechtspopulistische Parteien aufgrund gesellschaftlicher *Malaise* wird empirisch primär bei den ModernisierungsverliererInnen (vgl. Spier 2010) aufgezeigt, wobei als wichtigstes Differenzierungskriterium der Bildungsstand genannt wird. Nach Elchardus und Spruyt (2012, S. 224) sind niedrig Gebildete, die aus der Wissensgesellschaft herausfallen, in höchstem Maße als verwundbar zu kennzeichnen und somit in besonderer Weise empfänglich für eine *Malaise* und rechtspopulistische Lösungsansätze der aktuellen Krisensituation.

Eine Übertragung des Begriffs der gesellschaftlichen Malaise in die deutschsprachige Soziologie erscheint mir aufgrund der gegenwärtigen Krise in der EU durchaus ertragreich zu sein. Dennoch bleibe ich vorerst in der Diagnose gesellschaftlicher Desintegrationsdynamiken beim Begriff des *Unbehagens*. Dieser repräsentiert auch die klassische Übersetzung der Malaise ins Deutsche und findet in einer stärker mikrosoziologischen Perspektive des individuellen Unbehagens seit Jahrzehnten breite Verwendung in der kultursoziologischen Forschung.

Als Pionier der Erforschung des subjektiven individuellen Unbehagens kann Sigmund Freud (1930) genannt werden. In seinem berühmten Werk „Das Unbehagen in der Kultur“ überträgt Freud seine psychoanalytische Trieblehre auf gesellschaftliche Zusammenhänge. Freud geht davon aus, dass sich die Gesellschaft nur dann produktiv entfalten kann, wenn sie die individuellen Triebbedürfnisse angemessen reguliert. Die Kultur entstand durch individuelle Verdrängungen (zur Zähmung der Triebanteile einzelner Menschen) und induziert ihrerseits wieder neue Verdrängungen. Es ist deshalb aus psychoanalytischer Sicht die logische Folge, dass sich Empfindungen von Unbehagen gegen die Ausformung der Kultur richten.

Die tiefenpsychologische Kulturtheorie von Freud (1930) wurde in der Nachkriegszeit durch bedeutende soziologische Arbeiten auf gesellschaftliche Entwicklungszusammenhänge ausgedehnt. Peter L. Berger, Brigitte Berger und Hansfried Kellner (1975) legten das Werk *Homeless Mind* (dt. *Das Unbehagen in der Modernität*) vor, das auch heute noch als ein Schlüsselwerk der Soziologie bezeichnet wird, weil es den Auftakt zu zahlreichen Auseinandersetzungen mit dem Unbehagen in der Moderne (z. B. Taylor 1995) und Postmoderne (z. B. Bauman 1999) bildete.⁶ Die Leistung von Berger et al. (1975) besteht darin, dass sie Entfremdungsprozesse der Moderne in den sehr eingängigen Begrifflichkeiten der *Heimatlosigkeit* und des multidimensionalen Unbehagens beschrieben haben. Als Quellen des Unbehagens bezeichnen die AutorInnen in Anlehnung an Max Weber (1972) [orig. 1904] erstens Prozesse der Rationalisierung, die aufgrund umfassender Kontrolle, Beschränkungen und Anonymität einen Sinnverlust in der Arbeitswelt bewirken. Durch die Bürokratisierung erfolgt eine Durchdringung der Lebensbereiche durch Institutionen, die als „abstrakte und ferne Entitäten“ (Berger et al. 1975, S. 159) wahrgenommen werden. Die Pluralisierung der

⁶Die Autoren äußern selbst ein gewisses Unbehagen, was die Publikation angeht: „Bezüglich vieler Behauptungen sind wir keineswegs sicher, und es liegt uns viel daran, dass man unsere Darlegungen als provisorisch, hypothetisch, exploratorisch versteht. [...] Trotz alledem, in einem sind wir von arroganter Selbstsicherheit: Dies sind die Fragen, die gestellt werden müssen“ (Berger et al. 1975, S. 8).

Lebenswelten bedingt schlussendlich maßgeblich die *Heimatlosigkeit* aufgrund der geforderten Mobilität und des ständigen Wechsels zwischen Lebenswelten.

Charles Taylor (dt. 1995) bezieht sich in seinem Werk *The Malaise of Modernity* rund 15 Jahre später ebenfalls auf die Individualisierung und stellt die Analyse der Identität des Menschen in der Spätmoderne ins Zentrum seiner Arbeit. Der Individualismus der Selbstverwirklichung ist seit den 1960er Jahren zur dominierenden Strömung geworden. Es handelt sich jedoch häufig um einen Individualismus als „konzentrierte Vertiefung ins eigene Ich bei gleichzeitiger Ausklammerung oder sogar Unkenntnis der bedeutenden Fragen oder Belange, welche auf religiösem, politischem oder historischem Gebiet über das Ich hinausgehen“ (Taylor 1995, S. 21). Daraus ergibt sich die Konsequenz einer Verflachung des Lebens. Der Begriff des Individualismus wird in zwei verschiedenen Richtungen interpretiert. Als moralisches Ideal definiert Taylor die Authentizität, die nicht nur die Schöpfung und Konstruktion des eigenen moralischen Sinns und der eigenen Originalität, sondern häufig auch Widerstände gegen die Regeln der Gesellschaft und möglicherweise sogar gegen die anerkannte Moral impliziert. Dieses Ideal wird eng verbunden mit dem Empfinden von Freiheit durch Selbstbestimmung. Diese Verknüpfung ist jedoch trügerisch, weil „dadurch ein Circulus Virtuosi in Gang gesetzt wird, der uns zu einem Punkt drängt, an dem das Wählen selbst unser verbleibender Hauptwert ist“ (vgl. Taylor 1995, S. 81). Diese egoistische Form des Individualismus wird als Kultur des Narzissmus interpretiert, die im Zunehmen begriffen ist und „... nach einem Ideal lebt, das nicht vollständig begriffen wird und das, wenn man es richtig verstünde, viele ihrer Praktiken in Frage stellen würde“ (ebd., S. 66).

Taylor kann als einer der Wegbereiter der theoretischen Ausrichtung des Kommunitarismus angesehen werden. Sein Ausgangspunkt ist das Krisenszenario radikaler Liberalität, die den exzessiven Individualismus bedingt und die Individuen von gesellschaftlicher Verantwortung entbindet (vgl. Imbusch und Rucht 2005, S. 46). Deshalb sei ein auf Solidarität basierendes Zugehörigkeitsgefühl notwendig, das eine Integration der Gesellschaft auf Basis partikulärer Gemeinschaften, die gemeinsame Werte teilen, erlaubt. Die Positionen der KommunitaristInnen sind in dieser Frage jedoch sehr heterogen, sie reichen vom responsiven Kommunitarismus, der die Gemeinschaftsbindung nur unter Einbeziehung der Bedürfnisse und individueller Rechte einzelner Gruppenmitglieder befürwortet (Etzioni 1995) über den Ruf nach Mechanismen zum Schutz gewachsener lokaler Gemeinschaften bis hin zur Vorrangstellung gemeinschaftlicher Pflichten über individuelle Rechte, die einzelnen KommunitaristInnen den Vorwurf einer teils rückwärtsgewandten, fundamentalistischen Ausrichtung eingebracht haben (vgl. Meyer 2008, S. 98 f.).

Auch Zygmunt Bauman, einer der aktuellen Hauptvertreter zur Analyse des Unbehagens in der Postmoderne, sieht kommunitaristische Ansätze als Lösungswege der fortschreitenden Individualisierung ambivalent. Er betrachtet eine Aktivierung des moralischen Gewissens als wesentlich, um eine höhere Solidarität zu Unterprivilegierten zu erreichen, betont jedoch, dass die individuelle Freiheit niemals an die zweite Stelle verbannt werden dürfe (vgl. Reese-Schäfer 2014, S. 276 f.). Bauman bezieht sich in seiner Analyse des Unbehagens explizit auf Freud. Er dreht dessen Postulat, dass die mangelnde Glücksmöglichkeit in der Moderne durch Sicherheit eingetauscht wird, für die Postmoderne um und betont, dass das gegenwärtige Unbehagen gerade in der Entfaltung der Freiheit seine Wurzeln hat, „die auf der Suche nach dem Lustgewinn zu wenig individuelle Sicherheit toleriert“ (Bauman 1999, S. 11).

Im deutschsprachigen Raum hat sich Hartmut Rosa sowohl mit dem kommunitaristischen Ansatz (vgl. Rosa 2001) als auch mit Baumans These der flüchtigen Moderne auseinandergesetzt und diese zu einer umfassenden Theorie der Beschleunigung (vgl. Rosa 2005) verdichtet. Für ihn befindet sich das postmoderne Individuum im Sog beachtlicher Transformationsprozesse, die eine Gesellschaftsstruktur der rutschenden Abhänge (vgl. Rosa 2005, S. 176) bedingen und die Gefahr des Abgehängtwerdens verstärken. Die Gesellschaft produziert deshalb eine immer größere Masse an Exkludierten, die „zwangsentschleunigt“ werden oder in der Terminologie Baumans als „menschlicher Abfall“ (Bauman 2008, S. 44) auf der Strecke bleiben.⁷

In dieser sozialstrukturellen Betrachtung des Unbehagens wird in zahlreichen Arbeiten auf die Erosionsprozesse sozialstaatlicher Sicherungssysteme verwiesen. Die Umbauten des Sozialstaates im Zuge des Neoliberalismus haben insbesondere in der gesellschaftlichen Mitte eine Wiederkehr der sozialen Unsicherheit (Castel 2009) bewirkt. Analog zum Begriff des Unbehagens sind jedoch auch die Termini der Sicherheit, Unsicherheit und Verunsicherung als abstrakte Grundbegriffe aktueller Gesellschaftsdiagnosen zu sehen, die in vielfältigen Kontexten auftauchen und selten genauer spezifiziert werden (vgl. Kaufmann 2003, S. 74). Van Dyk und Lessenich (2008) nehmen eine umfassende Explikation des Sicherheitsbegriffs vor und differenzieren nach Sicherheitsleistungen, Sicherheitslagen, Sicherheitsvermittlungen, Sicherheitserwartungen und Sicherheitsgefühlen. Sie versuchen folglich systematisch zwischen institutionellen und individuellen

⁷Auch Rosas Schlüsse sind zutiefst pessimistisch. Er erwartet entweder ein fundamentales Aufbegehren der Ausgeschlossenen gegen die Beschleunigungsgesellschaft bis hin zu einer radikalen Neuorientierung der Gesellschaft, zu der auch die Sozialwissenschaften im Kontext seiner gegenwärtigen Überlegungen zur Post-Wachstumsgesellschaft beitragen sollten.

sowie zwischen materiellen und symbolischen Sicherheitsdimensionen zu unterscheiden. Während mit Sicherheitsleistungen und Sicherheitsvermittlungen die institutionellen Tatbestände (wohlfahrtsstaatliche Leistungen und politische Diskurse) in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken, fokussieren Forschungen zur (objektiven) Sicherheitslage sowie zu damit verbundenen Sicherheitserwartungen und Sicherheitsgefühlen auf die Mikroperspektive. In Anlehnung an Castel (2005) erklärt sich die Rückkehr der Unsicherheit aus den enttäuschten Sicherheitsversprechungen der modernen wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaft. Die Leistungsfähigkeit des Sozialsystems geht dabei immer weniger mit den subjektiven Erwartungen konform. Unsicherheiten nähren sich folglich aus frustrierten Erwartungen und aus pessimistischen Einschätzungen der (zukünftigen) Verschlechterungen der individuellen Lage. Van Dyk und Lessenich weisen zurecht darauf hin, dass die aktuelle Debatte um subjektive Verunsicherungstendenzen sowohl von institutionellen, materiellen und symbolischen Wirkmechanismen geprägt ist und die Wiederkehr sozialer Unsicherheit nur im Zusammenspiel aller Faktoren analysiert werden sollte (vgl. Van Dyk und Lessenich 2008, S. 17 ff.).

Mit dem weitreichenderen Begriff des Unbehagens kann somit (in einer primär ökonomischen Betrachtung) die weitreichende Ungewissheit über die weitere ökonomische Entwicklung Europas und die Ausweitung der Zone der Schutzlosigkeit (von den Rändern der Gesellschaft hin zur gesellschaftlichen Mitte) betrachtet werden. Die ökonomische Ebene des Unbehagens decken somit Schlüsselbegriffe des Anerkennungsdefizits (in den unteren sozialen Schichten) und der Abstiegsangst (in höheren sozialen Schichten) ab. Der Staat entlässt dabei zunehmend die verunsicherten Individuen in die Eigenverantwortung, Unsicherheitsakzeptanz und Risikotoleranz werden im Zeitalter des flexiblen Menschen (Sennett 1998) zur Voraussetzung einer produktiven und erfolgreichen Karriereplanung. Dabei erscheinen diese Rezepte des gesellschaftlichen Aufstiegs häufig wenig Erfolg versprechend und sind von massiven kulturellen Folgeerscheinungen begleitet. Sich ständig auf dem Prüfstand zu fühlen, ohne sich gleichzeitig auf objektive Erfolgsmaßstäbe verlassen zu können, nährt die Irritation einer angemessenen Selbstverortung der eigenen Identität. Insofern greift auch Zygmunt Bauman (1999) in aktuellen Zeitdiagnosen die These des „Drifts“ von Sennett (1998) auf, die auf das ziel- und richtungslose Dahintreiben spätmoderner Subjekte abzielt. In Bezugnahme auf Habermas (1981a, b) könnte man durchaus festhalten, dass Systemzwänge und die Dominanz der Marktlogik in den am Wettbewerb erfolgreich teilnehmenden Individuen gespiegelt werden und somit die Systemrealität destruktiv auf die Lebenswelt zurückschlägt.

Die *Kolonialisierungsthese* spiegelt sich also gegenwärtig in der Ökonomisierung des Sozialen wider, während *Entkoppelung* nach Habermas (1981b, S. 488)

„in einer elitären Abspaltung der Expertenkulturen von den Zusammenhängen kommunikativen Alltagshandelns“ ihren Ausdruck findet. Die BürgerInnen stehen den rasanten und unvorhersehbaren politischen Transformationsprozessen teilnahmslos und zunehmend apathisch gegenüber, denn sie fühlen sich primär als ZuschauerInnen in einem fremdgesteuerten Wandlungsprozess. Nicht nur die Parteien sondern zahlreiche Interessensverbände wie Gewerkschaften sind mit Vertrauensverlusten und Mitgliederschwund konfrontiert. Die Dimension des entkoppelten Selbst in einer eingeläuteten Ära der Postdemokratie (vgl. Crouch 2008) tangiert besonders die Spannung zwischen Individualisierung und Integration. Die Bindungen zu den klassischen Institutionen und Vergemeinschaftungsformen (von Parteien über Verbände und Vereine bis hin zu Kirchengemeinden, Nachbarschaft und Familie) werden zunehmend aufgebrochen. Es geht somit um die Entzauberung von zentralen Institutionen der Moderne, die über lange Zeit allgemein verbindliche gesellschaftliche Normen und Werte garantiert haben.

Beck (1986) hat in seinen unzähligen Ausführungen zur Individualisierungstheorie stets betont, dass neben Individualisierung auch Tendenzen der Wiedereinbindung und neue sekundäre Vergemeinschaftungsprozesse zu beobachten sind. Innerhalb der privaten Lebenswelt bestehen zahlreiche funktionierende Netzwerke, die dazu dienen, innerhalb der eigenen Community die vorhandenen Ressourcen zu teilen, um die (kollektive) Bewältigung schwieriger Lebensumstände zu erleichtern oder um die eigene Position abzusichern (vgl. Zulehner 1997, S. 51 f.). Eine einseitige Diagnose der Erosion des Sozialen scheint zu vorschnell getroffen, und auch empirisch lassen sich die Entwicklungslinien vom Individualismus zu Atomisierung und Isolation nicht halten (vgl. Keupp 1997, S. 285–300). Insofern erscheint der Warnruf des „Bowling alone“ in Putnams berühmtem Werk (2000) verfrüht und wird auch den unterschiedlichen Dynamiken in verschiedenen Staaten und Milieus nicht gerecht, wie der von Putnam (2001) herausgegebene Sammelband ländervergleichender Fallstudien in Europa deutlich unter Beweis stellt. Deswegen wird in dieser Arbeit eher von der These der Polarisierung der Gesellschaft verbunden mit verschärften Abgrenzungsmechanismen zwischen verschiedenen Gesellschaftsschichten ausgegangen, während die angesprochene Binnensolidarität innerhalb einzelner Milieus durchaus weiter bestehen bzw. neue Formen posttraditionaler Gemeinschaftsbildungen annehmen könnte (z. B. Hitzler et al. 2009).

Die Dimensionen des gesellschaftlichen Unbehagens werden also in den drei genannten gesellschaftlichen Sphären (Ökonomie, Politik und Kultur) bzw. exakter auf den drei diskutierten Sphären der Sozialintegration (vgl. Anhut und Heitmeyer 2000) verortet. Einzelne Schlagwörter, die aus den eben vollzogenen Analysen abgeleitet werden, sollen dazu dienen, eine eigene Definition des

multidimensionalen gesellschaftlichen Unbehagens zu generieren, um zur Präzisierung des diffusen Begriffs beizutragen. *Das gesellschaftliche Unbehagen der EU-BürgerInnen manifestiert sich auf einer wirtschaftlich-strukturellen Dimension durch Anerkennungsdefizite und Abstiegsängste, auf einer politisch-regulativen Dimension durch Ohnmachtsgefühle und einer weitreichenden Skepsis in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen und auf einer kulturell-kohäsiven Dimension durch neue Ausformungen des interpersonalen Misstrauens und durch neue Formen der Abgrenzung.*

Die Dimensionen des Unbehagens zielen folglich auf das subjektive *gesellschaftliche Wohl- vs. Missbefinden* ab, wodurch sich die Arbeit in der Operationalisierung der theoretischen Ansätze zu potenziell wahrgenommenen Defiziten der Sozialintegration stark an die gegenwärtige Wellbeing-Forschung annähert. Die Erforschung des Wohlbefindens im Ländervergleich genießt sowohl in der Ökonomie (z. B. Layard 2009) als auch in der sozialwissenschaftlichen Indikatorenforschung (vgl. Noll 1999a) derzeit eine hohe Popularität. Es handelt sich um ein stark ausdifferenziertes Forschungsfeld, das gerade im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise einen Boom erfährt, weil sowohl ÖkonomInnen als auch SozialwissenschaftlerInnen eine multidimensionale Neuausrichtung der Wellbeing-Forschung jenseits des BIP propagieren, da mehrere Ebenen der Lebensqualität zu berücksichtigen sind. Die Kritik an der eindimensionalen Wohlstandsmessung anhand des BIP ist jedoch nicht neu, sondern seit nunmehr über 40 Jahren evident. Erste Ergänzungen bezogen sich primär auf weitere objektive Indikatoren, die soziale und ökologische Aspekte betrafen (beispielsweise Messungen zur Umweltverschmutzung, zur Bildungs- und Gesundheitssituation).⁸ Zusätzlich setzte seit den 1970er Jahren die Diskussion um die Integration subjektiver Indikatoren ein. Campbell & Converse (1972) wiesen darauf hin, dass nicht nur die objektiv messbare gesellschaftliche Entwicklung, sondern auch das subjektive Empfinden von Fortschritt zentral sei und in internationale Vergleichsuntersuchungen integriert werden müsse. Dies war schließlich die Geburtsstunde der ländervergleichenden Forschungen zu Glück und Lebenszufriedenheit (vgl. insgesamt Noll 1999a, 8 f.). Die heutige Renaissance und Neuorientierung der Wellbeing-Forschung kann einerseits als verstärkte Hinwendung zum subjektiven Wohlbefinden und zusätzlich auch als Aufforderung zu multidimensionalen Konzepten gedeutet werden. Dies wird auch in den grundlegenden Aussagen des einflussreichen Reports der sogenannten

⁸Diese Bemühungen resultierten schließlich im global vergleichbaren Index der menschlichen Entwicklung (HDI), der neben dem BIP auch die Lebenserwartung und den Bildungsgrad der Bevölkerung integrierte (vgl. UN 2014).

Stiglitz-Kommission deutlich.⁹ Neben den klassischen Ein-Item-Messungen des Glücks und der Lebenszufriedenheit¹⁰ werden in den letzten Jahren auch neue Konzepte des individuellen Wohlbefindens begründet. Im Unterschied zum Mainstream der Wellbeing-Forschung soll jedoch in dieser Arbeit nicht auf das individuelle subjektive Wohlbefinden sondern auf das gesellschaftliche Wohlbefinden fokussiert werden. Es steht in dieser Arbeit also nicht das psychologische Wohlbefinden verbunden mit affektbasierten Messungen (Glück) im Vordergrund, sondern es geht um Wahrnehmungen der *gesellschaftlichen Funktionsfähigkeit*. Dabei soll die oben genannte multidimensionale Konzeption des gesellschaftlichen Wohlbefindens einer vollständigen Operationalisierung zugeführt und das neue Konstrukt in Hinblick auf die Tauglichkeit für ländervergleichende Messungen evaluiert werden. Während die Messung objektiver Kriterien zur Bestimmung der Lebensqualität, die Ableitung von Indikatoren der gesellschaftlichen Entwicklung sowie auch das individuelle Wohlbefinden den Gegenstand zahlreicher ländervergleichender Erhebungen bilden, bezeichnen Harrison und Stoop (2012) die Erforschung des subjektiven gesellschaftlichen Wohlbefindens als wesentliche Forschungslücke und tatsächlich gibt es bis heute kein fundiertes Konzept, um die gesellschaftliche Einbettung aus der Perspektive der Leute (Vobruba 2009) zu messen. Einzelne ländervergleichende Umfrageinstrumente (z. B. WVS, ISSP, EVS, ESS, EQLS) bieten zwar ein breites Reservoir an Daten, jedoch sind *Einstellungsmerkmale* zu gesellschaftlichen Entwicklungen bis dato nicht in die breit angelegten Erhebungen der offiziellen Statistikeinrichtungen integriert. Auch die Bemühungen von Harrison et al. (2011) bzw. von Harrison und Stoop (2012), eine derartige Neuausrichtung der Wellbeing-Forschung anzuregen, scheinen bis

⁹Die Kommission wurde 2008 vom französischen Präsidenten Sarkozy ins Leben gerufen und mit mehreren Nobelpreisträgern (Joseph Stiglitz und Armatya Sen) prominent besetzt. Bis heute orientieren sich zahlreiche neue Wellbeing-Konzepte an diesem Bericht und versuchen, die Empfehlungen der Stiglitz-Kommission umzusetzen. Die Kommission rät eindeutig dazu, „to shift emphasis from measuring economic production to measuring people’s wellbeing“ (Stiglitz et al. 2009, S. 12). Nach Wunsch der Kommission soll das ökonomische Indikatorensystem verfeinert, die Lebensqualität multidimensional gemessen und die Nachhaltigkeit stärker berücksichtigt werden.

¹⁰Während Zufriedenheit eher die kognitive Bewertungsdimension der Lebenssituation widerspiegelt, zielt die Messung des Glücks eher auf den affektiven Zustand ab, wobei durchwegs hohe Korrelationen zwischen den beiden Indikatoren zu beobachten sind. Die beiden klassischen Items sind in der Regel in fast allen ländervergleichenden Umfrageinstrumenten integriert. Im ESS wird die Lebenszufriedenheit mit einer 11-stufigen Skala erhoben: „All things considered, how satisfied are you with your life nowadays?“, und auch der Glückszustand wird mit derselben Skala gemessen: „Taking all things together, how happy would you say you are?“ (vgl. Helliwell und Wang 2012, 14).

dato über eine bloße Itemsammlung und Beschreibung potenzieller Dimensionen nicht hinauszureichen. Es fehlt ein theoriegeleitetes, multidimensionales Konzept zur Messung, das mehrere Bereiche der gesellschaftlichen Einbindung der BürgerInnen analysiert (z. B. auch Aschauer 2014). Die erste wesentliche Zielsetzung der Arbeit liegt darin, ein theoretisch fundiertes Erklärungsmodell des gesellschaftlichen Wohl- vs. Missbefindens zu entwickeln, eine vollständige theoriegeleitete Operationalisierung des Konzepts vorzunehmen und dieses im Ländervergleich zu evaluieren und zu testen. Die zweite wesentliche Zielsetzung der Arbeit besteht darin, Entsolidarisierungsprozesse auf mehreren Ebenen direkt aus den definierten gesellschaftlichen Unbehagensgefühlen abzuleiten. Wie das Explanandum begrifflich eingegrenzt und konzeptuell gefasst wird, soll der nächste Abschnitt zeigen.

2.4 Das Explanandum: Entsolidarisierung

Auf den Schlachtfeldern des einundzwanzigsten Jahrhunderts werden sich Fundamentalismus und kosmopolitische Toleranz gegenüberstehen (Giddens 2001, S. 14 f.)

Während in den vorangegangenen Abschnitten eine Zustandsbeschreibung und Präzisierung des gegenwärtigen gesellschaftlichen Unbehagens versucht wurde, stehen in diesem Abschnitt nun die entstehenden Solidaritätsbrüche *aufgrund* des Unbehagens im Vordergrund. Entsolidarisierungstendenzen, die als Konsequenzen des Unbehagens im Erklärungsmodell verortet werden, verdeutlichen wesentliche kulturelle Folgewirkungen der Krise. Es stellt sich jedoch die Frage, ob gegenwärtige Solidaritätsbrüche in Europa (vgl. Aschauer et al. 2015) direkt auf die aktuelle Krise zurückgeführt werden können oder ob die seit Jahrzehnten fortschreitenden wirtschaftlichen Globalisierungstendenzen, die europäischen Integrationsbestrebungen und kulturellen Individualisierungstendenzen bereits längerfristig einen Keil in die inner- und zwischengesellschaftliche Solidarität treiben. Es soll deshalb in einem ersten Schritt versucht werden, die Solidaritätsbestrebungen in spätmodernen Gesellschaften insgesamt angemessen zu diagnostizieren (Abschn. 2.4.1). Solidarisches Handeln scheint eine schwindende Ressource der Sozialintegration (vgl. Aschauer 2015) darzustellen. Denn die Einschränkungen des gesellschaftlichen Wohlbefindens aufgrund der Krise innerhalb der EU bewirken – so eine zentrale These der Arbeit – auf mehreren Ebenen der gesellschaftlichen Stufenleiter Handlungslogiken, die sowohl die zwischenstaatliche als auch die innerstaatliche Solidarität untergraben. Drei Reaktionsmodi,

nämlich Egozentrismus, Abgrenzungsmechanismen zwischen Gruppen und Ethnozentrismus, stellen aus meiner Sicht den (individuellen) Nährboden der gesellschaftlichen Entsolidarisierung dar und sollen umfassend beleuchtet werden (Abschn. 2.4.2). Während egozentrische Handlungskalküle (z. B. Heitmeyer 1994 2012b) und Abgrenzungsmechanismen zwischen gesellschaftlichen Gruppen aus verschiedenen theoretischen Perspektiven diskutiert werden (z. B. Koppetsch 2013), werden ethnozentrische Einstellungen (Ingroup-Outgroup-Differenzierungen) häufig den ModernisierungsverliererInnen (z. B. Spier 2010) zugeordnet.¹¹

2.4.1 Solidarität in der Spätmoderne: Versuch einer forschungsleitenden Konzeption

Solidarität kann als bedeutender Grundbegriff der Soziologie, der unmittelbar das Problem der sozialen Ordnung in einer Gesellschaft tangiert, betrachtet werden. Der Begriff beschreibt ein *Bewusstsein von Zusammengehörigkeit*, das aus unterschiedlichen Gründen entstehen kann und sich im Zuge gesellschaftlicher Veränderungen ständig neu ausformt. Solidarität ist also ein „vergängliches Band“ (Hondrich und Koch-Arzberger 1992, S. 24), sie kann aktiviert aber nicht vorausgesetzt werden. Zur Erklärung der gegenwärtigen Solidaritätspotenziale bleiben soziologische Tiefenerklärungen (z. B. Miebach 2014, S. 429–438) maßgeblich, denn es sind die jeweiligen kulturellen und institutionellen Kontexte, die Solidarität anregen oder erschweren. Zahlreiche Klassiker der Soziologie haben das Konzept der Solidarität innerhalb der einzelnen gesellschaftstheoretischen Perspektiven prominent behandelt und mit unterschiedlichen Bedeutungen versehen. Für Karl Marx stellt die Solidarität in seiner materialistischen Gesellschaftstheorie eine notwendige Bedingung im Klassenkampf dar, die Arbeiterklasse sollte durch *Bewusstseinsbildung* ihre problematische Lage erkennen und danach trachten, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus zu überwinden. In einer modernisierungstheoretischen Perspektive analysieren schließlich Ferdinand Tönnies und Emile Durkheim den Wandel der Gemeinschaft im Zuge der Industrialisierung. Besonders Durkheim (1977) [orig. 1893] sieht Solidarität als Garant der Sozialintegration und beschreibt mit seinem bekannten Gegensatzpaar der mechanischen und organischen Solidarität den Übergang von der segmentierten zur arbeitsteiligen Gesellschaft. Während sich in segmentierten Gesellschaften

¹¹Besonders die kritischen Haltungen gegenüber ImmigrantInnen sind dabei Gegenstand zahlloser empirischer Forschungsarbeiten (vgl. zum Forschungsstand der Solidaritätseinschränkungen, Abschn. 7.3).

der Einzelne kaum dem Wertesystem der Gruppe entziehen konnte und Abweichungen mit massiven Sanktionen einhergingen, gewährt das schwächere Kollektivbewusstsein in modernen Gesellschaften dem Individuum mehr Spielraum. Je stärker die Individualisierung fortschreitet, desto stärker sind die Individuen jedoch von ihren produzierten Leistungen abhängig. Ein differenziertes Regelwerk wird schließlich im Rechtssystem verwirklicht, um die Funktionsfähigkeit der einzelnen gesellschaftlichen Teilbereiche sicherzustellen und geteilte Normen und Werte zu erreichen.

Wie Durkheim (1983) [orig. 1897] schon prophezeite, kann das soziale Band im Zuge massiver gesellschaftlicher Wandlungsprozesse Risse erhalten und anomische Zustände der Regellosigkeit bewirken. Mit der Renaissance anomietheoretischer Ansätze in den 1990er Jahren (z. B. Heitmeyer 1997a, b) rückte die Frage, ob hochindividualisierte und ethisch-kulturell vielfältige Gesellschaften noch integrierbar seien, wieder verstärkt ins Blickfeld der Forschung (z. B. Beck und Sopp 1997). Denn der Einzelne scheint in der Spätmoderne „zur Individualisierung verdammt“ (Beck 1995, S. 192), und Begriffe, die auf klassische Formen der Solidarität abzielen, verlieren an Relevanz. Die politisch-emanzipatorische Konzeption von Solidarität (z. B. nach Marx) ist insofern ungeeignet, als kollektives Handeln aufgrund gemeinsamer Interessen generell einem Bedeutungsverlust unterliegt (vgl. Billmann und Held 2013, S. 22). Der klassische Begriff der Arbeitersolidarität (das solidarische Eintreten für gemeinsame Ziele und die Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen) erreicht im Zuge der Vielfalt der gesellschaftlichen Milieus wenig Durchsetzungskraft. Auch die integrationstheoretische Konzeption der Solidarität nach Durkheim (geteilte Werte und Normen als Hort der Sozialintegration) ist aufgrund der gesellschaftlichen Fragmentierung strittig. Weil die Zivilgesellschaft durch ein Regime des Pluralismus gekennzeichnet werden kann (z. B. Münch 2010), scheint sich die Wirkkraft verbindender Werthaltungen abzuschwächen. Die Solidarität entsteht quasi nicht mehr „naturwüchsig aus gemeinsamen Lebensverhältnissen, sondern muss viel stärker in politischen und kulturellen Praktiken und Diskursen hergestellt werden“ (Allespach et al. 2011, S. 81). In einer Zeit des rapiden sozialen Wandels können sich einerseits Prozesse der Solidaritätsbildung durch neue Medien ungeahnt rasch entfalten, während andererseits klassische Organisationen (wie Gewerkschaften) enorme Ressourcen zur Mobilisierung ihrer Mitglieder verwenden und bestehende Bündnisse stets diskursiv erneuern müssen. Solidaritätsbestrebungen bleiben somit in der Spätmoderne unsicher und die Wirkkraft der Solidarität für die soziale Integration bescheiden.

Solidarisches Handeln entfaltet sich also gegenwärtig primär „durch das Nadelöhr der autonomen Entscheidungen der Subjekte“ (Meyer 1997, S. 316).

Die jeweiligen Potenziale des gesellschaftlichen Zusammenhalts können auf einer Mikro-, Meso- und Makroebene (in Anlehnung an Denz 2003) analysiert werden.

Auf der Mikroebene erstreckt sich die Solidarität auf Familie, Freundschaft und Nachbarschaft und ist stark durch soziale Bindungsemotionen (wie Liebe, Wertschätzung, Fürsorge) geprägt. Solidarität verdeutlicht hier ein Gefühl von Verbundenheit und quasi den letzten Hort gemeinschaftlicher Kohäsion in einer individualisierten Welt. Solidarität kann auf dieser Ebene als „voraussehbar reziprokes Verhalten“ gedeutet werden, und die Vorannahme, dass der Eine für den Anderen einsteht, dient als wertvolle Vertrauensbasis im zwischenmenschlichen Bereich. In den Restbeständen an gemeinschaftlicher Bindung (z. B. innerhalb der Familie) bestehen somit „ethische Verpflichtungen“. Diese sind durch supererogative Ansprüche gekennzeichnet, die über rein moralische Verpflichtungen des Einzelnen hinausgehen. Reduziert man das Moment der Solidarität auf die netzwerkartigen Verbindungen innerhalb einzelner Gruppierungen, so wird übersehen, dass derartige Formen der Binnensolidarität oft mit deutlichen Ingroup-Outgroup-Differenzierungen und somit mit ausgrenzenden Ideologien einhergehen können. Im Zuge der zunehmenden Fragmentierung müssen gesellschaftliche Gruppen mit einer hohen Binnensolidarität noch lange nicht bereit sein, Solidarität zwischen gesellschaftlichen Gruppen zu praktizieren (Mesosolidarität) bzw. offene Haltungen gegenüber Fremden (Makrosolidarität) einzunehmen.

Während die Mikrosolidarität primär durch den Begriff der *Verbundenheit* gefasst werden kann, deutet Mesosolidarität stärker auf das gesellschaftliche Gemeinwohl hin. Mesosolidarität betrifft folglich die innergesellschaftliche Balance und meint den sozialen Ausgleich zwischen den verschiedenen Schichten. Die Mesosolidarität steht gerade dann auf dem Prüfstand, wenn systemische Wirkkräfte die gesellschaftliche Ordnung destabilisieren. Je eher die nationalen Ungleichheiten ansteigen, desto eher steigt die Wahrnehmung einer Ungerechtigkeit der Verhältnisse, und es mehrt sich der gesellschaftliche Anspruch, Solidarität von der Seite der Privilegierten einzufordern. Aspekte der Mesosolidarität beziehen sich somit nicht mehr auf ein (ethisch) vorausgesetztes Band, sondern auf politisch zu gestaltende Lebenszusammenhänge (vgl. Habermas 2013, S. 106 ff.). Solidaritätserwartungen benachteiligter Schichten werden in der Form eines Kampfes um Anerkennung (Honneth 1992) in soziale Rechte umgewandelt.

Makrosolidarität kann am ehesten als Form der *Überwindung* eigener Interessen gefasst werden. Durch Makrosolidarität werden Vorstellungen des Gemeinwohls schließlich verallgemeinert und über die Grenze der Nationalstaaten ausgedehnt. Im Unterschied zur innergesellschaftlichen Solidarität geht es um universalistische Werthaltungen, die im Sinne einer kosmopolitischen Ethik

gelebt werden. In Hinblick auf eine Solidarität zwischen den EU-Ländern würde dies bedeuten, dass eine Politik des fairen Ausgleichs unter Berücksichtigung der Vor- und Nachteile der einzelnen Mitgliedsländer von den Bevölkerungen getragen und legitimiert sein würde.

Um kollektive Handlungslogiken klar von solidarischen Grundeinstellungen abzugrenzen und produktive Formen der Solidaritätsbildung von destruktiven Formen zu unterscheiden, wird Solidarität in dieser Arbeit rein als humanitäre Grundhaltung gefasst. Solidarität beschreibt somit die Fähigkeit, alle Menschen als gleichberechtigte BürgerInnen dieser Welt zu akzeptieren (vgl. Scherr 2013, S. 263–269). Als zentrale Folge des gesellschaftlichen Unbehagens wird angenommen, dass die Solidarität als *humanitäres Potenzial*, das zu reziproken Hilfeleistungen anregt und zur Verringerung menschlicher Leidenserfahrungen beiträgt, durch Handlungslogiken des Egozentrismus und des Ethnozentrismus untergraben wird. Die Grundhaltung der „bindungslosen Flexibilität“ (z. B. Groß et al. 2010) kann die zwischenmenschlichen Ressourcen gesellschaftlicher Kohäsion schwächen, durch die „rohe Bürgerlichkeit“ (Heitmeyer 2012a, S. 35), verbunden mit Abgrenzungsmechanismen, kann die Bereitschaft sinken, für sozialen Ausgleich (durch Umverteilung) zu sorgen (innerstaatliche Mesosolidarität) und durch weit verbreitete ethnische Vorurteile (vgl. Zick et al. 2011), werden die europäischen Leitwerte der Gleichberechtigung und Toleranz (vgl. Meyer 2009) (interkulturelle Makrosolidarität) untergraben.

Dabei kann aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen grob nachgezeichnet werden, dass die *Individualisierung* die Mikrosolidarität beeinträchtigen, die *Ökonomisierung des Sozialen* Solidaritätsbrüche auf der Mesoebene bedingen und der *globale Migrationsdruck und die Erosion der nationalstaatlichen Ordnung durch kulturelle Vielfalt* die Makrosolidarität erschweren könnten.

2.4.2 Der individuelle Nährboden der Entsolidarisierung: Egozentrismus, Abgrenzung und Ethnozentrismus

Die kontinuierlichen und doch vergeblichen Bemühungen, die irritierend instabilen Grenzen zu befestigen und zu stabilisieren, haben nur einen einzigen nachhaltigen Effekt: das Recycling diffuser Ängste zu spezifischen Vorurteilen, Gruppenantagonismen, gelegentlich aufflammenden Konfrontationen und permanent schwelenden Feindseligkeiten (Bauman 2008, S. 120).

In westlichen Gesellschaften dominiert das Ideal einer selbstbestimmten Lebensführung; es wird dieses jedoch für benachteiligte Gruppen durch die institutionelle

Forderung nach *Eigenverantwortung* oft in sein Gegenteil verkehrt. Es stellt sich somit insgesamt die Frage, wie viel Individualisierung der Mensch verträgt und wie in unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten mit Forderungen nach Eigenverantwortung umgegangen wird. Im amerikanischen Diskurs wurde bereits in den 1980er Jahren – deutlich früher als in Europa – auf die Gefahren des utilitaristischen Individualismus (z. B. anfangs Berger et al. 1975) hingewiesen. Individualisierung kann eine Schwächung der Relevanz sozialer Beziehungen bewirken und zu einer Bedrohung der gesellschaftlichen Kohäsion führen. Denn das eigene Wohlergehen steht im Vordergrund, verbunden mit einer zunehmend solidaritätsfeindlichen Ideologie, die das Gemeinwohl ignoriert (vgl. Wohlrab-Saar 1997, S. 24 f.).¹² Dabei verfolgen sowohl die Gewinner, die verunsicherte Mitte als auch die Verlierer der aktuellen Transformationsprozesse unterschiedliche Anpassungsstrategien. In fast allen sozialen Lagen der Gesellschaft regiert die Unsicherheit und dieser wird – so meine These – entweder offensiv und egozentrisch, mit Abgrenzung durch Anpassung oder defensiv und ethnozentrisch begegnet.

Die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und der damit verbundene Siegeszug des Kapitalismus bedingen eine entfesselte Welt (vgl. Giddens 2001), und es setzen sich die Maximen einer Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und des Wettbewerbs durch (vgl. Kroll 2011, S. 84). Es scheint sich in Europa zunehmend eine „neoliberale Kultur“ (Hall 2011) auszuformen, die das freie Individuum, das für sich selbst verantwortlich ist und sich selbst vermarktet, protegert. Mit der Ökonomisierung des Sozialen ist somit eine Abnahme kollektiver Versicherung, ein Ersetzen des Prinzips der Fürsorge durch Konkurrenz und Aktivität (Lesse-nich 2009a), eine Abwertung überbordender Sozialstaatlichkeit und eine Gratifikation eines unternehmerischen und flexiblen Selbst (vgl. Voß und Pongratz 1998; Bröckling 2007; Sennett 1998) verbunden. Solange die Kraft zur eigenen Inszenierung anhält und die eigene Identitätsstärke erfolgreich nach außen getragen werden kann, ist das Individuum im Spiel der kapitalistischen Leistungslogik integriert. Für die Erfolgsorientierten gewinnt die individuelle *Selbstbehauptungsstrategie* (Egozentrismus) auf der Karriereleiter an Relevanz, wodurch man sich in zahlreichen Berufsfeldern der gelebten Ellbogenmentalität schwer entziehen kann.

¹²Diese Tendenz in der amerikanischen Individualisierungsdebatte zeigt sich bereits in den Titeln einschlägiger Werke. Berger et al. (1975) beschreiben „The Homeless Mind“, Sennett (dt. 1983) „The Fall of Public Man“, oder Putnam (2000) spricht vom reduzierten Sozialkapital „Bowling Alone“.

Für die breiten Bevölkerungsschichten funktioniert die strukturelle Integration über den Arbeitsmarkt in Zeiten zunehmender Prekarisierung nur noch begrenzt und trägt maßgeblich zur gesellschaftlichen Verunsicherung bei. Subjektivierungs- und Prekarisierungstendenzen werden als wesentliche Prozesse der aktuellen Arbeitswelt (vgl. Hardering 2011) gedeutet. Die Mitte der Gesellschaft, die lange Zeit als Hort der Stabilität galt, gerät in die Defensive, weil sich fehlende Aufstiegschancen, Abstiegsängste und Anerkennungskonflikte miteinander verbinden. Die angesprochenen Verunsicherungstendenzen, die weit in die gesellschaftliche Mitte hineinreichen (z. B. Lengfeld und Hirschle 2010) bewirken, dass die Individuen stark auf sich selbst fokussiert sind und der gesellschaftliche Blick bestenfalls noch neidisch nach oben, konkurrierend seitwärts und abgrenzend nach unten gerichtet wird. Es sind also auch jene Bevölkerungsgruppen, die mit dem Modernisierungsdruck Schritt zu halten versuchen, in eine Logik der Abgrenzung verstrickt, wobei diese weniger durch souveräne Selbstdurchsetzung (Heitmeyer 1994, S. 387) sondern durch eine Anpassung an den gesellschaftlichen Leistungsethos verbunden mit einer Abwehr gegenüber dem Scheitern und dem Andersartigen zu kennzeichnen ist. Ansprüche auf ökonomische und kulturelle Teilnahme sollen nur für jene Mitglieder der Gesellschaft bestehen, die einen erkennbaren Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten. Randgruppen der Gesellschaft und insbesondere ethnischen Gruppen wird vorgeworfen, dem Leistungsethos der Gesellschaft nicht gerecht zu werden und sich Vorteile auf Kosten der Gemeinschaft der Leistungswilligen zu erschleichen (vgl. Dörre et al. 2006, S. 121 ff.). In der bedrohten Mitte mischen sich zu den vorgenommenen Abgrenzungsstrategien somit auch potenziell ethnozentrische Sichtweisen.

Besonders drastisch schlägt die Ingroup-Outgroup-Differenzierung unter Berufung auf die nationale Identität bei jenen Bevölkerungsgruppen durch, die als abgehängt beschrieben werden können. Die rückwärtsgewandten, defensiven Bewältigungsstile der gesellschaftlichen Transformationen können aus *Ohnmachtsgefühlen* abgeleitet werden. Aus der Vorgabe der ständigen Anpassung an eine Welt, die in sich sehr instabil und unvorhersehbar geworden ist, entsteht das Gefühl einer fehlenden Einflussmöglichkeit und Bestimmbarkeit des eigenen Handelns. Diese weitreichenden Exklusionsempfindungen (Bude und Lantermann 2006) lösen notgedrungen Anerkennungsdefizite aus. Mittels der Berufung auf die eigene nationale Identität konstruieren sich die Opfer der gesellschaftlichen Transformationen überschaubare Sinnzusammenhänge und ziehen klare Grenzen der Zugehörigkeit. Die starke Abschottung zu MigrantInnen birgt jedoch gewaltigen Zündstoff in sich, denn die Gruppe der Vulnerablen und Exkludierten konkurriert zunehmend direkt mit ZuwanderInnen, die ihrerseits prekär beschäftigt sind. Somit stehen im Prekariat (Standing 2011) benachteiligte Gruppen

mit hoher nationaler und regionaler Identifikation Auge in Auge einer unklaren Anzahl von MigrantInnen gegenüber, die „sich isoliert und sich in ihrem Verliertum zu radikalisieren scheint“ (Bude 2008, S. 25). Die kulturelle Diversität in der EU könnte sich folglich zunehmend zu einer Gefahr für die gesellschaftliche Kohäsion entwickeln.

Die Krise in Europa und die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich birgt also mehrere Gefahren für die Solidarität. Während ethnozentrische Reaktionsweisen häufig bei ModernisierungsverliererInnen auftreten (z. B. Spier 2010) und die Makrosolidarität beeinträchtigen, bedingen egozentrische Orientierungen und Tendenzen einer sozialen Schließung sowohl eine Einschränkung der Mikrosolidarität wie der Mesosolidarität. Es muss somit betont werden, dass alle drei genannten Handlungsmodi – die egozentrische, die zwischen sozialen Gruppen differenzierende und die ethnozentrische Identitätsausrichtung – eine große gesellschaftliche Sprengkraft entfalten können. Diese Reaktionsweisen sind der Kern der Entsolidarisierung, einerseits indem der soziale Kitt der Gesellschaft (innerhalb und zwischen den Schichten) aufgelöst werden könnte und andererseits, indem Differenzen zu Außengruppen erzeugt werden, die einem der Grundgedanken Europas – eine Einheit in Vielfalt herzustellen – deutlich zuwiderlaufen.

2.5 Vorstellung des übergreifenden Erklärungsmodells

Zum Abschluss des Kapitels sollen nun die begrifflich analysierten Inhalte zusammengeführt und in einem umfassenden Erklärungsmodell verknüpft werden. Das Erklärungsmodell verdeutlicht schließlich die theoretische und empirische Ausrichtung der Studie und bestimmt des Weiteren auch den Aufbau der Arbeit. Die begriffliche Auseinandersetzung hat gezeigt, dass mit den einzelnen Termini der Integrationsforschung in den meisten Fällen zwei Einheiten verknüpft sind, nämlich eine *Makroebene*, die gesellschaftliche und systemische Entwicklungsdynamiken analysiert und eine *Mikroebene*, die auf die individuellen Wahrnehmungen, Einstellungen und Handlungen der Akteure abzielt. Dies zeigt sich besonders deutlich am Beispiel der Begriffspaare Integration-Desintegration und Inklusion-Exklusion, die sowohl aus gesellschaftstheoretisch-systemischer als auch aus individueller Perspektive analysiert werden können. Die einzelnen Dimensionen des gesellschaftlichen Unbehagens und die daraus resultierenden Solidaritätseinschränkungen markierten schließlich den kulturellen Kern und die kulturellen Folgewirkungen der aktuellen Krise und sind auf der individuellen

Ebene zu verorten. Wenn die gegenwärtigen Stimmungslagen ursächlich erklärt, in ihrer vielschichtigen Charakteristik beforscht und in ihren Folgen beleuchtet werden sollten, ist stets eine Verknüpfung zwischen der Makro- und Mikroebene erforderlich.

2.5.1 Das Makro-Mikro-Makro-Erklärungsmodell nach Coleman (1991) und Esser (1993)

In der Soziologie hat sich im Kontext von Mehrebenen-Ansätzen zunehmend die Konstruktion eines Makro-Mikro-Makro-Erklärungsmodells bewährt. Dieser Zugang einer mehrebenenorientierten Soziologie erfährt in jüngster Zeit in der ländervergleichenden Forschung sowohl in der Konstruktion von Theorien (z. B. Greve et al. 2009) als auch in der empirischen Anwendung (mittels Mehrebenenanalysen) eine besondere Würdigung (siehe auch Abschn. 1.5). James Coleman (1991) hat in seinem umfassenden Werk „Grundlagen der Sozialtheorie“ diese Metatheorie der soziologischen Erklärung in Anlehnung an Max Webers Theorie der protestantischen Ethik und des Geists des Kapitalismus (Weber 1972, [orig. 1904]) und McClellands sozialpsychologische Studie (1961) zur Erklärung wirtschaftlichen Wachstums umfassend weiterentwickelt. Seiner Überzeugung nach ist eine Erklärung systemischer Entwicklungen unter Einbezug der tieferen Ebene der individuellen Einstellungen und Handlungen stets stabiler und allgemeiner als Erklärungen, die sich auf die systemische Ebene beschränken (vgl. Coleman 1991, S. 4). Sein Ansatz überwindet quasi die Grundunterscheidung eines methodologischen Holismus (der eigenständigen Entität kollektiver Phänomene) von einem methodologischen Individualismus, der sämtliche sozialen Phänomene über individuelles Handeln erklärt. Kollektive Phänomene werden zum zentralen Erklärungsgegenstand erhoben und über Brücken- und Transformationshypothesen mit individuellen Phänomen verknüpft (vgl. Greve et al. 2009, S. 7 f.). Die Handlungen der Akteure bewirken somit neu entstehende Phänomene auf der Makroebene, die weder beabsichtigt noch vorhergesehen waren (vgl. Coleman 1991, S. 6).

Das Mehrebenenmodell der *Colemanschen Badewanne* setzte Hartmut Esser (1993) schließlich ins Zentrum seines Modells der soziologischen Erklärung und baut dieses zu einer eigenständigen Metatheorie des Sozialen aus. Esser ergänzt die Colemansche Badewanne um drei zentrale Logiken: die Logik der Situation, die Logik der Selektion und die Logik der Aggregation. Im folgenden Modell (Abb. 2.2) ist das Makro-Mikro-Makro-Erklärungsmodell nach Coleman (1991) mit den Erweiterungen nach Esser (1993) illustriert.

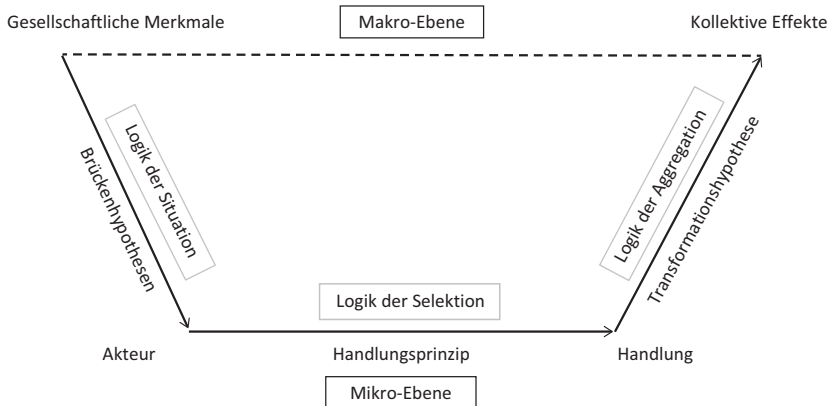


Abb. 2.2 Das Makro-Mikro-Makro Erklärungsmodell nach Coleman (1991) und Esser (1993). (In Anlehnung an Greve et al. 2009, S. 8)

Esser bezeichnet die *Logik der Situation* als Reproduktion der sozialen Situation auf der Mikroebene, in der sich die Individuen befinden. Die Definition der Situation inkludiert zudem die subjektiven Vorstellungen der Akteure über die jeweilige Situation, der sie sich ausgesetzt sehen. Die Verbindung zwischen der Makroebene und der Mikroebene erfolgt über Beschreibungen in der Form sogenannter Brückenhypothesen. (vgl. Esser 1993, S. 94). Im zweiten Schritt, der *Logik der Selektion*, wird schließlich das individuelle Handeln erklärt. Es geht um die zentrale Verknüpfung zwischen den Eigenschaften der Akteure in der Situation und der Selektion bestimmter Einstellungs- und Handlungsalternativen. Esser bezeichnet die Logik der Selektion als den analytisch-nomologischen Kern des Modells. Es sollten allgemeine Gesetzmäßigkeiten des Handelns aus empirisch prüfbareren Hypothesen abgeleitet werden. Die aggregierende Transformation der Effekte des Handelns zum jeweiligen kollektiven Explanandum ist der dritte Schritt, der als *Logik der Aggregation* bezeichnet wird. Über konkrete Transformationshypothesen – von Esser als *Transformationsregeln* bezeichnet – kommt es zur Verknüpfung der individuellen Handlungen mit kollektiven Folgen (vgl. Esser 1993, S. 95–97).

2.5.2 Der eigene theoretische Ansatz als Makro-Mikro-Makro-Erklärungsmodell

Das Erklärungsmodell nach Esser (1993) lässt sich nahezu vollständig auf den konzipierten Erklärungsansatz der krisenhaften Entwicklungen in der EU, der sozialen Destabilisierungsprozesse, verbunden mit gesellschaftlicher Malaise, und der daraus resultierenden Antriebskräfte für gegenwärtige Entsolidarisierungstendenzen übertragen. Das in Abb. 2.3 dargestellte Modell setzt die einzelnen Begrifflichkeiten des eigenen Erklärungsmodells in die Colemansche Badewanne ein und nimmt einzelne geringfügige Adaptionen vor.

Die derzeitige Entwicklungsdynamik in der EU verdeutlicht eine systemische Krise, deren Beruhigung vs. Verschärfung gegenwärtig nicht absehbar ist. Die krisenhaften europäischen Entwicklungen lassen sich durch drei U-Begriffe – nämlich *politische Umbrüche*, *strukturelle Ungleichheiten* und *kulturelle Unterschiede* – präzisieren. Auf der Akteursebene bewirken die Krisenzustände deutliche Anzeichen einer Destabilisierung der (nationalen) Ordnung, die sich ebenfalls auf einer strukturellen, politischen und kulturellen Sphäre verorten lassen. Zusätzlich zu diesen sozialen Desintegrationsprozessen, die die *Logik der Situation* für die Individuen verdeutlichen, müssen auch subjektive Gefühlslagen (*die Wahrnehmungen der Akteure*) in das Modell eingegliedert werden. Destabilisierungstendenzen bewirken nun, verknüpft mit dem Unbehagen, offensive (z. B. Egozentrismus) vs. defensive Bewältigungsstrategien (z. B. Ethnozentrismus),

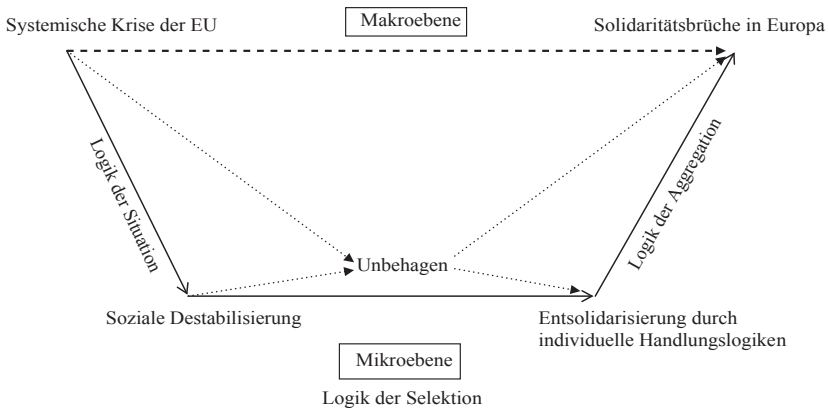


Abb. 2.3 Das eigene Makro-Mikro-Makro-Erklärungsmodell

während multiple Inklusionstendenzen, verknüpft mit Gefühlen des gesellschaftlichen Wohlbefindens, voraussichtlich eher eine kosmopolitische und progressive Weltanschauung bedingen (*Logik der Selektion*). Die individuellen Handlungslogiken manifestieren sich je nach nationalstaatlichen Spezifika unterschiedlich, wobei auch politische und mediale Diskurse zu einem europaweiten Aufkommen von Solidaritätsbrüchen beitragen. Die Logik der Aggregation und die erforderliche Transformationsregel bleiben im Rahmen des Modells unbestimmt und explorativ angelegt, weil sehr unterschiedliche Manifestationsformen gesellschaftlicher Fragmentierung in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten vermutet werden.

Das Erklärungsmodell der Arbeit klingt unter Bezugnahme auf die „Badewanne“ anschaulich und einfach, nimmt jedoch auf wesentliche Schnittstellen zwischen Makro- und Mikroebene, die im Kontext der Transformationshypothese bereits angesprochen wurden, ungenügend Bezug. Die einfache Badewanne (siehe Abb. 2.3) wäre zumindest für einzelne EU-Mitgliedsstaaten durchaus anwendbar. Nationale Krisenzustände würden zu einem erhöhten Ausmaß sozialer Desintegration führen, eine erhöhte gesellschaftliche Malaise bewirken und Entsolidarisierungsprozesse verstärken. Je nach Art der Migrationsströme und je nach Ausmaß der vorhandenen Verteilungskonflikte (Aggregationsregel) würden sich innergesellschaftliche Abgrenzungsmechanismen verstärken, Vorbehalte gegen Asylsuchende, Muslime oder andere benachteiligte ethnische Gruppierungen richten und die gesellschaftliche Kohäsion beeinträchtigen. Im Kontext der begrifflichen Auseinandersetzung mit Integrationsfragen wurde jedoch bereits eine Mehrebenen-Problematik angesprochen, weil in einem europäisch-ländervergleichenden Erklärungsmodell supranationale, nationale und individuelle Relevanzsysteme miteinander verschränkt sind. Deswegen muss eine weitere vertikale Differenzierung des Modells, nämlich die Integration der Mesoebene der EU-Mitgliedsstaaten als Schnittstelle zwischen transnationalen Entwicklungsprozessen und individuellen Auswirkungen eingeführt werden. Die nationalstaatliche Ordnung fungiert auf diese Weise als Filter zwischen den systemischen Entwicklungen in der EU und den Auswirkungen auf die BürgerInnen, weil systemische Krisenzustände entweder abgefedert oder verstärkt werden können. Durch die Integration der Mesoebene wird die Komplexität des Modells deutlich vergrößert (siehe Abb. 2.4). Das soziale Gebilde des Nationalstaats ist in weitere supranationale Ordnungen (wie die EU) sowie umfassende globale Prozesse eingebettet (vgl. Esser 1993, S. 112). Dies bewirkt, dass eine funktionierende nationalstaatliche Ordnung trotz Krisenszenarien die Integration der BürgerInnen (in die jeweiligen Nationalstaaten) und somit die Anzahl der Integrierten stärkt, während eine geringe Kapazität der Nationalstaaten, Destabilisierungstendenzen abzufedern, den Anteil der vulnerablen Bevölkerungsgruppen vergrößert.

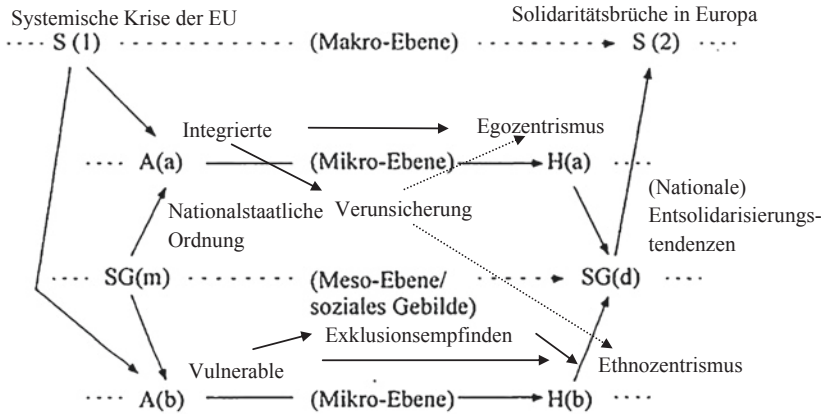


Abb. 2.4 Erklärungsmodell unter Integration der Mesebene der nationalstaatlichen Ordnung mit Bezug auf Ethnozentrismus. (In Anlehnung an Esser 1993, S. 113)

Auf der subjektiven Ebene geht die strukturelle, politische und soziale Verwundbarkeit der BürgerInnen mit Gefühlen des gesellschaftlichen Missbefindens einher. Dennoch sind auch Integrierte in den EU-Mitgliedsstaaten nicht vor Verunsicherungen gefeit, wodurch auch hier ein Pfad zu erhöhten ethnozentrischen Tendenzen denkbar ist. Es wird primär davon ausgegangen, dass in zahlreichen Gesellschaften der EU Spaltungstendenzen zwischen kosmopolitisch-progressiv orientierten, integrierten BürgerInnen und ethnozentrisch-defensiv orientierten BürgerInnen aufbrechen. Ein potenzieller Anstieg des Ethnozentrismus könnte zu Renationalisierungstendenzen führen, die sich wiederum auf die Makrosolidarität erschwerend auswirken und Solidaritätsbrüche zwischen europäischen Staaten begünstigen.

Das Erklärungsmodell wurde nun vollständig beschrieben. Zur besseren Veranschaulichung soll abschließend noch eine weniger modelltheoretisch ausgerichtete Abbildung, die stärker auf die einzelnen inhaltlichen Teilkomponenten abzielt, präsentiert werden. Ich orientiere meine Forschung an einer 12-Felder Tafel, die durch bewusst gesetzte *Schlagworte* auf die wesentlichen Entwicklungslinien des Erklärungsmodells hinweist. Ich schließe dabei nahtlos an die Konzeption der Integration als Mehrebenenproblem an und möchte die Dynamik des Unbehagens auf der Mikroebene aus zentralen Entwicklungsprozessen auf

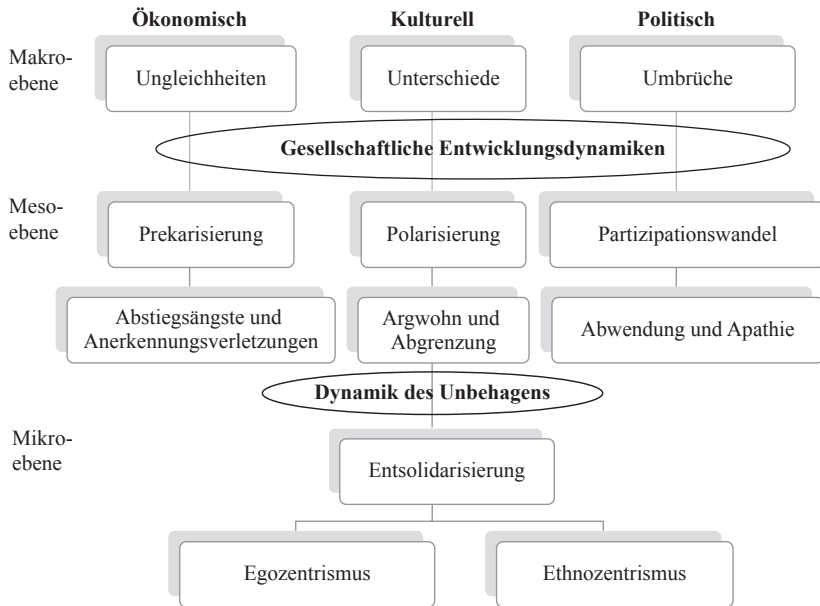


Abb. 2.5 Erklärungsmodell des gesellschaftlichen Unbehagens und gegenwärtiger Entsolidarisierungstendenzen – ein Überblick anhand von Schlagworten.

der Makroebene (gesamteuropäische Entwicklungsbedingungen) und der Mesoebene (nationale Krisenzustände) ableiten (siehe Abb. 2.5).¹³

Die Dynamik des gegenwärtigen Unbehagens wird auf der Makroebene auf drei U-Begriffe zurückgeführt. Die gesellschaftliche Malaise speist sich aus den politisch-rechtlichen *Umbrüchen* in der EU, die rasante gesellschaftliche Wandlungsprozesse auslösen, aus den wirtschaftlichen *Ungleichheiten*, die im Zuge der neoliberalen Fortschrittsideologie entstehen sowie aus den kulturellen

¹³Mittels der verwendeten Schlagworte soll die Komplexität des Erklärungsmodells wirksam reduziert und die wesentlichen Ursachen, Dimensionen und Folgen des Unbehagens präzise dargestellt werden. Ich bediene mich dabei bewusst einiger Alliterationen auf U, P, A und E um die Argumentationslogik des theoretischen Ansatzes einprägsam darzustellen. Zwangsläufig sind einzelne Felder noch unscharf begrifflich besetzt. Die Kap. 4 und 5 zeigen jedoch anhand dieser Leitbegriffe die gesellschaftlichen Ursachen und Prozesse der Destabilisierung auf. Kap. 6 analysiert schließlich, wie sich diese in den Dimensionen des Unbehagens verdichten.

Unterschieden, die zwischen den EU-Mitgliedsstaaten vorliegen. Alle drei Bereiche verdeutlichen wesentliche *Hindernisse* zwischen der Systemintegration und Sozialintegration der Europäischen Union. In diesen Wirkungsfeldern zwischen Makroebene und Mikroebene kommt jedoch die kontextuelle Bedeutung des Nationalstaates zu tragen. Auf der Mesoebene der einzelnen EU-Mitgliedsländer können sich einzelne Gefährdungslagen der Sozialintegration verschärfen oder abschwächen. Krisenhafte Entwicklungen in einzelnen Ländern sollen durch die Desintegrationstheorie von Anhut und Heitmeyer (2000), die zwischen Strukturkrisen (primär wirtschaftlich), Regulationskrisen (primär politisch-normativ) und Kohäsionskrisen (primär kulturell) unterscheiden, erfasst werden. Die drei Krisenebenen können durch drei P-Alliterationen umschrieben werden. Auf der ökonomischen Ebene (im Sinne der individuell-funktionalen Systemintegration nach Heitmeyer) erfassen *Prekarisierungstendenzen* nicht nur die unteren Soziallagen sondern sukzessive auch die Mittelschichten. Auf der politisch-regulativen Ebene ist eine zunehmende Entzauberung der klassischen Institutionen der Moderne sichtbar, verbunden mit einem *Partizipationswandel*, der durch die postdemokratische Wende (Crouch 2008; Blühdorn 2013) und durch eine zunehmende Politikverdrossenheit erklärbar ist. Auch kulturell scheint die gesellschaftliche Fragmentierung fortzuschreiten und auf der kohäsiv-expressiven Ebene der Integration eine stärkere *Polarisierung* der Gesellschaft einzuleiten. Diese gesamt-europäischen Entwicklungstendenzen, verbunden mit national unterschiedlichen Wirkungen, können als Ursachen (Makroebene, Kap. 4) und potenzielle Verstärker (Mesoebene, Kap. 5) des gesellschaftlichen Unbehagens beschrieben werden.

Die Gräben zwischen den europaweit forcierten Strategien zur Systemintegration und den daraus resultierenden Defiziten für die Sozialintegration erklären schließlich die Orientierungslosigkeit und Ohnmacht vor den gesellschaftlichen Herausforderungen und bewirken eine individuelle Dynamik des Unbehagens. Das mehrdimensionale gesellschaftliche Unbehagen kann im Sinne einer verkürzt vorgenommenen eigenständigen Definition mit sechs A-Begriffen umschrieben werden. Das gesellschaftliche Unbehagen der EU-BürgerInnen manifestiert sich auf einer wirtschaftlich-strukturellen Dimension durch *Abstiegsängste* und *Anerkennungsdefizite*, auf einer politisch-regulativen Dimension durch *Abwendung* und *Apathie* (verbunden mit einer weitreichenden Skepsis in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen) und auf einer kulturell-kohäsiven Dimension durch Gefühle des *Argwohns* und neuen Formen der *Abgrenzung*.

Der Begriff der Abgrenzung deutet bereits auf die kulturellen Folgewirkungen dieser Dynamiken hin, wobei die entstehenden Solidaritätsbrüche in Europa durch drei E-Folgewirkungen zu kennzeichnen sind. Die Reaktionsmodi des

Egozentrismus (primär ökonomisch angeleitet) und des *Ethnozentrismus* (primär aus politischen Entkoppelungstendenzen zu begründen) bewirken *Entsolidarisierungstendenzen*, die eine (vielfach unterschätzte) Bedrohung des europäischen Integrationsprozesses darstellen. Diese vereinfachte Darstellung der theoretischen Ausrichtung der Arbeit skizziert das Erklärungsmodell in prägnanten Schlagwörtern und schließt die vorrangig begriffliche Auseinandersetzung mit der umfangreichen Thematik ab. Im nächsten Kapitel ist es nun nötig, tiefer in die Geschichte der soziologischen Integrationstheorie einzusteigen. Insgesamt kann nämlich die fundamentale Frage der gesellschaftlichen Integration in der Soziologie als zeitlos eingestuft werden und sie scheint auch gegenwärtig wieder stark an Brisanz zu gewinnen.

Das gesellschaftliche Unbehagen in der EU

Ursachen, Dimensionen, Folgen

Aschauer, W.

2017, XXV, 779 S. 39 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-10881-6